
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 3 (1975)

DOI: 10.11588/fr.1975.0.48389

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

WILLI A. BOELCKE

WANDLUNGEN DER DEUTSCHEN AGRARWIRTSCHAFT IN DER FOLGE DES ERSTEN WELTKRIEGS

Bereits seit einem Jahrhundert, schon seit den Jahren unmittelbar nach Gründung des Bismarck-Reiches beklagten Vertreter und Sprecher der deutschen Landwirtschaft mit kaum zu überhörender Lautstärke und drohender Vehemenz die wachsende Not des deutschen Nährstandes¹ und prophezeiten den immer näherrückenden Untergang des Landvolkes sowie den völligen Ruin der Agrarwirtschaft im modernen Industriestaat. Ließen sich auch zahlreiche düstere Prognosen der Verbandspolitiker alsbald widerlegen oder erwiesen sie sich mit der Zeit als haltlos, entsprachen ferner, wie sich nach einiger Zeit ebenfalls herausstellte, erhobene Forderungen gar nicht den Interessen der Mehrzahl der Landbevölkerung – geschweige denn denen der Gesamtgesellschaft – und büßten schließlich die Verbände schon allein wegen der aggressiven Sprache, in der sie ihrem Zorn und ihrer Zukunftsangst Ausdruck liehen sowie Wünsche und Forderungen beim Gesetzgeber anmeldeten, nicht selten mehr Sympathien in der Öffentlichkeit ein, als sie hinzugewannen, so besaßen dennoch die die moderne Welt begleitenden Kassandrarufe der Agrarwirtschaft im Grunde ihre Berechtigung. Mehr als die mit bemerkenswert stereotypen Argumenten im Laufe von Jahrzehnten geführten tagespolitischen Auseinandersetzungen erhellt die säkulare Betrachtung, sofern sie auch die Kenntnis jüngster Entwicklungen einschließt, die Konturen jener tiefgreifenden Wandlungen, welche die Landwirtschaft mit dem beginnenden industriellen Wachstumsprozeß erlebte und sie im Endergebnis zu einem ständig »schrumpfenden Gewerbe«² werden ließen.

¹ Eine, wenn auch einseitige, knappe »Blütenlese« für die Zeit von 1889 bis 1929 findet sich bei Georg SCHMIDT (Vors. des Deutschen Landarbeiterverbandes): Zahlen und Schlagwörter der Agrarinteressenten. Berlin 1930. S. 83–86.

² Bahnbrechend in der wissenschaftlichen Erkenntnis der Verschiebungen innerhalb der Erwerbsstrukturen der Wirtschaftssektoren während der »Übergangsperiode« wirkten seit 1954 namentlich die Untersuchungen des Franzosen Jean FOURASTIÉ. Vgl. ders.: Gesetze der Wirtschaft von Morgen. Drei grundlegende Essais. Düsseldorf, Wien 1967. S. 217; ders.: Die große Hoffnung des 20. Jhs. 2. Aufl. Köln 1969. S. 106–122 u. a.; ferner W. W. ROSTOW: Stadien wirtschaftlichen Wachstums. 2. Aufl. Göttingen 1967. S. 38 f.; ders.: Politics and the stages of growth. Cambridge 1971. S. 112 f.; W. G. HOFFMANN: Das Wachstum der Deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jhs. Berlin, Heidelberg, New York 1965, S. 265–323.

Mit dem Übergang vom Agrar- zum Industriestaat, der sich in Deutschland ungefähr um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert vollzogen hat³, verlor nicht nur der Agrarsektor seine bis dahin dominierende Rolle in der Volkswirtschaft, sondern geriet die Landwirtschaft zudem mehr und mehr in das spezifisch agrarische Dilemma von steigender Produktivität und sinkender Ertragslage. Stagnierte das Nachfragevolumen nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder wies es nur minimale Wachstumsraten auf, lief die Landwirtschaft stets Gefahr, durch mögliche Mehrerzeugung sich nicht nur die Preise zu verderben, sondern auch den größten ihrer Verluste selber zu produzieren⁴. Die pessimistischsten Schwarzmalereien schienen daher auf lange Sicht näher der Realität zu sein als bereits durch Erfahrungen geläuterte und heruntergeschraubte Erwartungen, solange sie sich noch mit romantischer Hoffnung paarten. Beklemmende Prophezeiungen, obwohl in den 20er und 30er Jahren von führenden Köpfen der deutschen Wirtschaftswissenschaft als pure Schwarzseherei oder als Produkte krankhaft-perverser Phantasie verspottet, gewannen ungeachtet dessen inzwischen greifbare Gestalt. Theodor Brinkmann bezeichnete es 1932 als Gespensterseherei, wenn Zeitgenossen aus der Erfindung des Dieselmotors eine agrarische Weltrevolution ableiten wollten und Deutschland sich zu einem einseitigen Industriestaat entwickeln sahen, dessen agrarische Wurzel zu einer überschaubaren Zahl extensiver vollmechanisierter Großbetriebe zusammenschrumpfen würde⁵. Die längst zur Wirklichkeit gewordene Vollmechanisierung, angeführt vom Ackerschlepper, hat bereits den Pflanzenbau revolutioniert und nicht minder die Innenwirtschaft erfaßt. Die Agrarstruktur befindet sich seit langem im Strudel permanenter Anpassung an Markt-

Jean FOURASTIÉ: Die große Hoffnung des 20. Jhs. 2. Aufl. Köln 1969. S. 106–122 u. a. Des Rückgangs der Bedeutung der Landwirtschaft und des Anteils der Landbevölkerung war man sich in der deutschen Öffentlichkeit schon um 1900 bewußt. Vgl. u. a. G. STRESEMANN: Industriepolitik. In: Neue Revue. IX. Heft 1908. S. 9.

³ Um diese Zeit überstieg der Beschäftigungsanteil von Industrie und Handwerk den Beschäftigtenanteil der Land- und Forstwirtschaft. Auch der Produktionswert der Industrie überrundete den der Landwirtschaft.

1895: Anteil der Erwerbstätigen von Land-, Forstwirtschaft und Gärtnerei 36,3 v. H., der von Industrie und Handwerk 37,8 v. H., 1907: 34 v. H. bzw. 39,1 v. H. Zur zeitgenössischen öffentlichen Diskussion über die Transformation vom Agrar- zum Industriestaat: STRESEMANN: Industriepolitik a.a.O., S. 9 f.; K. OLDENBURG: Deutschland als Industriestaat. Göttingen 1897; V. BÖHMERT: Deutschland am Scheidewege seiner Wirtschaftspolitik. Dresden 1901.

⁴ Vgl. H. WEBER: Die Landwirtschaft in der volkswirtschaftlichen Entwicklung. Eine Betrachtung über Beschäftigung und Einkommen. Ber. über Landwirtschaft. 161. Sonderheft Hamburg, Berlin 1955. S. 43 u. 9.

⁵ Th. BRINKMANN: Schicksalsfragen der deutschen Landwirtschaft. In: Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äusseren Wirtschaftspolitik. I. Berlin 1932. S. 10.

lage und technischen Fortschritt und bewegt sich in Richtung auf den vollmechanisierten extensiven Mittel- und Großbetrieb.

Rückblickend markiert der 1. Weltkrieg die wohl einschneidendste Zäsur und Grenzscheide in der jüngeren deutschen Agrargeschichte, weil sich mit und nach dem Krieg ein sich allerdings schon in der Krise der 90er Jahre ankündigender »Schicksalsumbruch« für die deutsche Landwirtschaft endgültig vollzogen hat. Bis zum Ausbruch des 1. Weltkriegs reichte die über ein halbes Jahrhundert umspannende Expansionsphase der deutschen Landwirtschaft⁶, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzte, parallel mit dem industriell-gewerblichen Wachstumsprozeß verlief und mit ihm untrennbar verzahnt war. Die Landwirtschaft wurde zum Teilhaber des industriellen Aufschwungs. Namentlich das Anfangsjahrzehnt und die abklingende Endphase von 1899 bis 1913 gelten als die »goldenen Jahrzehnte« der deutschen Landwirtschaft und überhaupt der deutschen Agrargeschichte⁷. Nachdem die Bülow'schen Zolltarife die Agrarpreisverhältnisse stabilisiert hatten⁸, wußte die Landwirtschaft die günstige Marktlage für Agrarerzeugnisse für sich auszunutzen. Unvermindertes Bevölkerungswachstum, steigende Kaufkraft angesichts der anhaltenden Industrialisierungswelle, geringe Konkurrenz und nahezu unbeschränkte Absatzmöglichkeiten, um nur einige Aspekte der vorteilhaften Konstellationen anzudeuten, verhalfen ihr in Verbindung mit der kostensenkenden Wirkung bedeutender produktionstechnischer Fortschritte und Neuerungen zu bis dahin unerreichten Zuwachsraten und steigender Rentabilität. Die von der expandierenden Nachfrage induzierte Produktionsausweitung erreichte noch nicht die Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Marktes. Die Nahrungsdecke war nicht, wie plötzlich einige Jahre nach dem Kriege, zu groß, gemessen an der vorhandenen Kaufkraft.

Am Vorabend des 1. Weltkriegs standen die Hektarerträge des deutschen Ackerbaus nach Belgien, dem Ursprungsland der modernen agrarischen Intensivkulturen, an der Spitze der europäischen und überseeischen Landwirtschaft⁹. Sie übertrafen beispielsweise um mehr als das Dop-

⁶ H.-B. KROHN: Die Futtergetreidewirtschaft der Welt, 1900–1954. Ber. über Landwirtschaft . 165. Sonderheft. 1957. S. 35 u. 46.

⁷ H. HAUSHOFER: Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter. 2. Aufl. Stuttgart 1972. S. 251 f.; B. SAGAWÉ: Die Veränderung der Produktionsfaktoren und das Intensivitätsproblem. In: Deutsche Agrarpolitik, I. a.a.O., S. 482.

⁸ C. v. DIETZE: Deutsche Agrarpolitik seit Bismarck. In: Zeitschr. f. Agrargeschichte u. Agrarsoziologie. Jg. 12, H. 2, 1964. S. 200–205; L. BRENTANO: Agrarpolitik. 2. Aufl., Bd. 1. Stuttgart-Berlin 1925.

⁹ F. AERBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1927. S. 20–25; K. HELFFERICH: Deutschlands Volkswohlstand 1888–1913. Berlin 1913. S. 51–60; ferner unten S. 501.

pelte die Erträge eines damals bedeutenden Agrarexportlandes wie Rußland. Auch die Leistungen und die Produktionstechnik der deutschen Viehzucht marschierten an der Spitze der Weltlandwirtschaft.

Trotz der enormen Steigerung, welche Ackerbau und Viehzucht an Umfang, Ertrag und Produktivität in den Jahrzehnten vor Ausbruch des Weltkriegs erfuhren, minderte sich zusehends der Selbstversorgungsgrad des Deutschen Reiches und wurde die deutsche Nahrungsversorgung immer stärker vom Ausland abhängig, im wesentlichen in fünffacher Hinsicht:

1. Deutschland bezog einen Großteil seiner in der Landwirtschaft nichtständig beschäftigten Arbeitskräfte, die ebenso billigen wie für die Ernteeinbringung unentbehrlichen Saison- oder Wanderarbeiter, kurz vor Kriegsausbruch etwa 400 000, in der Hauptsache aus den benachbarten osteuropäischen Ländern¹⁰.
2. Es importierte ungeheure Mengen Futtermittel und Futtergrundstoffe für seine auf die Erzeugung hochwertiger Nahrungsgüter ausgerichtete Veredelungswirtschaft, die über die Hälfte des Produktionswertes der Agrarwirtschaft hervorbrachte und den größten Teil der deutschen Fleisch-, Milch- und Fettversorgung gewährleistete¹¹.
3. Es war infolge der Intensität seines Pflanzenbaus und nicht zuletzt wegen des konjunkturbedingten Vordringens des Ackerbaus auf Grenzböden auf den Import von Stickstoffdüngemitteln und Rohphosphaten angewiesen¹².
4. Trotz der Unterstützung der deutschen Produktion vom Ausland in Form von Arbeitskräften, Kunstdünger- und Kraftfuttermitteln hatte sich Deutschland auch für Nahrungsgüter zum Importland großen Stils entwickelt. Etwa 20 v. H. seines gesamten Nahrungsverbrauchs, wertmäßig eine Größe von über 2 Mrd. Mark, kamen vor Kriegsausbruch aus dem Ausland¹³.

¹⁰ Vgl. J. NICHTWEISS: Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-deutschen Politik von 1890 bis 1914. Berlin 1959.

¹¹ Näheres bei K. RITTER: Der Getreideverkehr der Welt vor und nach dem Kriege. Berlin 1926. S. 171–178. Hauptversorger Deutschlands mit Futtergetreide (Gerste u. Hafer) waren Rußland, Rumänien, Österreich-Ungarn und Argentinien. 1911/13 wurden ferner 24 288 000 dz Olkuchen, Kleie und ähnliche Futtermittel importiert.

¹² Zwischen 1890 und 1910 hat sich in der deutschen Landwirtschaft der Verbrauch von Thomasmehl von 4 auf 14,3 Mill. dz gesteigert, der des aus dem Ausland bezogenen Chilesalpeters von 2,5 auf 5,4 Mill. dz. Weitere Angaben über den Kunstdüngerverbrauch bei AERBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 40–41 und unten S. 504.

¹³ 1911/13 importierte Deutschland u. a. 20,5 Mill. dz Weizen vornehmlich aus Osteuropa und Amerika, ferner fast 17 Mill. dz pflanzliche u. tierische Fette. Die Ostpro-

5. wird meist übersehen, daß der Stand der hochentwickelten Landwirtschaft ebenso wie die Fähigkeit, in großem Umfang agrarische Produktionsmittel und darüber hinaus auch Agrarprodukte zu importieren und zu bezahlen, in hohem Maße von der Erschließung der Kaufkraft anderer Nationen auf dem Wege über den deutschen Industrie- und Kapitalexport abhängig war.

Die ökonomischen Voraussetzungen für das hohe Niveau der deutschen Agrarproduktion wie Deutschlands wachsende Auslandsabhängigkeit auf dem Agrar- und Ernährungssektor lagen in der rasch angeschwellenen Kaufkraft und dem bedeutend gestiegenen Lebensstandard des deutschen Volkes begründet, die wiederum direkt von den deutschen Exportfolgen (trotz passiver Handelsbilanz) und letztlich vom Grad des deutschen Anteils an der internationalen Arbeitsteilung und ihren Vorteilen bestimmt wurden¹⁴. Den beträchtlichen deutschen Mehrimporten an Nahrungs- und Genußmitteln stand zwar ein Zuckerexport von rd. 40 v. H. der deutschen Zuckerproduktion gegenüber, nur förderte der Zuckerrübenbau durch seinen hohen Arbeitskräftebedarf und Kunstdüngerverbrauch noch zusätzlich Deutschlands Auslandsabhängigkeit¹⁵. Die Entfaltung der deutschen industriellen und agrarischen Produktionskraft und die Lebensmittelversorgung einer ständig wachsenden Bevölkerung mit steigendem Lebensstandard waren unübersehbar an die Erhaltung des Friedens gebunden sowie die Festigung und Ausdehnung des kunstvoll geknüpften Systems außenwirtschaftlicher Verflechtungen¹⁶. Mit jedem Verlust seiner außenwirtschaftlichen Hilfsquellen und mit jeder Einschränkung seiner Handelsbeziehungen mußte Deutschland zwangsläufig in den Sog von Armut und Hunger geraten.

Obwohl schon vor dem Krieg wenigstens unter Fachleuten die Überzeugung herrschte, daß ein längerer Krieg, der Deutschland der Zufuhr von Lebensmitteln, landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und billigen Arbeitskräften für Jahre beraubt, in eine Hungerkatastrophe münden

vinzen exportierten andererseits namentlich in guten Erntejahren Brotgetreide und Hafer in die Ostseestaaten.

Vgl. RITTER: Getreideverkehr der Welt, S. 173 f. u. M. SERING: Deutsche Agrarpolitik auf geschichtlicher und landeskundlicher Grundlage. Leipzig 1934. S. 186. Der gesamte Mehrimport von Nahrungs- und Genußmitteln stieg von 1901–1912 dem Werte nach von 1045 Mill. auf 2048 Mill. Mark. AERBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 24.

¹⁴ Vgl. K. BRANDT: Bevölkerung, Soziale Gliederung und Autarkie. In: Autarkie. Fünf Vorträge. Berlin 1932. S. 37.

¹⁵ Vgl. AERBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 12–17.

¹⁶ Vgl. auch J. M. KEYNES: The Economic Consequences of the Peace. London 1920. S. 14–15.

würde, entsprach dem deutschen militärischen Siegesoptimismus bei Kriegsbeginn eine auffallende Sorglosigkeit der Führungsspitze im Hinblick auf die notwendige Sicherung der Volksernährung. Die pessimistischen Prognosen sollten jedoch noch übertroffen werden. Die Bürokratisierung der Erzeugungs- und Ernährungswirtschaft, Unkenntnis, Fehlgriffe, allein schon infolge der Neuheit der Aufgaben, und Fehlorganisationen der verantwortlichen und vielfach ad hoc geschaffenen Behörden verschärften ebenso die Ernährungsnöte wie das im Grunde rentabilitäts- und produktionsfeindliche System der eingeführten mengenorientierten Zwangswirtschaft und der damit verbundenen Höchstpreise¹⁷.

Von 1914 bis 1918 lagen die deutschen Bodenerträge aller Getreidearten einschl. der Kartoffel, in Getreidewerten ausgedrückt, um ein Viertel unter den der Erntejahre 1909–1913¹⁸. Allein bei den vier Hauptgetreideernten ergab sich in den 5 Kriegsjahren ein Erntedefizit von 22 v. H. oder von rund 4 Mill. to Getreidekörnern, die ungefähr dem normalen deutschen Brotgetreideverbrauch eines Ernährungsjahres entsprachen. Bis 1918 hat sich die gesamte pflanzliche Erzeugung fast halbiert und etwa auf den Stand von 1895–1900 zurückentwickelt¹⁹. Nicht minder verheerend dezimierte der Krieg die deutschen Viehbestände. Ende 1913 verfügte die Landwirtschaft über einen Rinderbestand von 20,6 Mill. Tieren, Ende 1921 waren es 16,8 Mill. Stück. 1913 waren 26,6 Mill. Schwei-

¹⁷ Zur Kriegsernährungswirtschaft: AERBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 29–107; HAUSHOFER: Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter, S. 259–264; A. SKALWEIT: Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1927; H. CROON: Die Organisation der Kriegswirtschaft im Kriege und ihre Überleitung in die Friedensverhältnisse sowie Wertung ihrer Akten. Potsdam 1942. Maschinenschrift im Deutschen Zentralarchiv Potsdam; W. POPKEN: Die Vieh- und Fleischwirtschaft des Herzogtums Oldenburg in den Jahren 1916 bis 1921. Phil. Diss. Leipzig 1922.

¹⁸ Aufzeichnung von Max Sering vom Okt. 1939. R 7 X. Nr. 406. Bundesarchiv Koblenz.

¹⁹ AERBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 84–87; Berichte über Landw., NF. Bd. 28 (1943). S. 525.

Die Hektarerträge betragen bei Weizen 1913 21,2 dz, 1917 15,4 dz (= 80 v. H. der Durchschnittserträge von 1910–1914), 1919 16,7 dz (= 87 v. H.); bei Roggen 1913 17,2 dz, 1917 12,6 dz (= 79 v. H.), 1919 13,9 dz (= 87 v. H.); bei Gerste 1913 20 dz, 1917 12,8 dz (= 69 v. H.), 1919 11 dz (= 60 v. H.); bei Hafer 1913 19,7 dz, 1917 10,4 dz (= 56 v. H.), 1919 15 dz (= 85 v. H.). Hinzu kommt, daß durch den Mehranbau anderer Früchte (Olsaaten und Gespinstpflanzen u. a.) die Getreideanbaufläche um 8¼ v. H. reduziert wurde. Die Ernteerträge für Kartoffeln sanken im Krieg um 35 v. H. 1916 wurde durch Phytophthora befal, verbunden mit einer selten ungünstigen Witterung, der größte Teil der Kartoffelernte vernichtet. Die Folge war der katastrophale Rüben- und Hungerwinter 1916/17.

Eine bedeutende Verminderung erfuhr namentlich der Zuckerrübenanbau, der sich von 1914–1918 von 547 000 ha auf 384 000 verringerte, während die Hektarerträge von 318 dz auf 240 dz sanken. Die Zuckerproduktion reduzierte sich von 26 Mill. dz auf 15,5 Mill. dz und reichte auch nicht mehr aus, die Bevölkerung zu versorgen.

ne vorhanden, im Juni 1918 nur noch 8,25 Mill. Stück. Allein binnen dreier Monate des Jahres 1915 wurden infolge von Fehlplanungen fast 9 Mill. Schweine abgeschlachtet²⁰.

In der Hauptsache gingen die Ertragsverluste in der Pflanzen- und Tierproduktion auf das Konto der beträchtlich verminderten Funktionalität jener Faktoren, die vor dem Kriege die deutsche Landwirtschaft in ihre Spitzenposition gehoben hatten. Die Masseneinziehungen von Männern (12% der Gesamtbevölkerung) beraubten die Landwirtschaft des Gros ihrer Betriebsleiter und damit des wichtigsten Kerns an geeigneten Arbeitskräften²¹, ohne daß die Lücken von adäquatem Ersatz (1918 800 000 Kriegsgefangene) geschlossen werden konnten. Die ebenfalls einem fortdauernden Aderlaß gleichenden Aushebungen der Pferde für den Kriegsdienst nahmen ihr die wichtigste Zugkraft. Hatte vor dem Kriege die vermehrte Mineraldüngung wesentlich zu der gewaltigen Steigerung der Hektarproduktivität beigetragen, bewegten sich im Kriege die Erträge mit Reduzierung der Düngergaben bei Rein-Stickstoff um 46 v. H. (obwohl die synthetische Stickstoffherzeugung den Ausfall an Chilesalpeter hätte wettmachen können) und bei Phosphorsäure sogar um 74 v. H. begreiflicherweise in der entgegengesetzten Richtung²². Das Fehlen eiweißhaltiger Futtermittel²³ stellte die deutsche Milch-, Fett- und Fleischversorgung für die Dauer des Krieges in Frage²⁴. Der Rückgang der Belieferung mit landwirtschaftlichen Maschinen und Ersatzteilen, 1917–1918 auf 57 v. H. des Vorkriegsstandes²⁵, stoppte nicht nur die weitere, im Vorkriegsjahrzehnt beachtlich fortgeschrittene Mechanisierung der Landwirtschaft, sondern zehrte den vorhandenen Be-

²⁰ AEREBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 50 u. 88 u. a.; Berichte über Landw. NF. Bd. 28 (1943). S. 524.

²¹ Von 3,4 Mill. männlichen Arbeitskräften in der Landwirtschaft wurden während des Krieges rd. 2 Mill. zum Heeresdienst einberufen. J. BEHRENS: Die Deckung des Arbeitsbedarfs und die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse in der deutschen Landwirtschaft in der Zeit des Weltkrieges und der Demobilmachung 1914–1921. Diss. Leipzig 1922.

²² Mineraldüngerverbrauch:

	Stickstoff (N)	Phosphorsäure (P ₂ O ₅)
1913/14	210 000 t	630 000 t
1916/17	80 000 t	368 000 t
1917/18	92 000 t	325 000 t
1918/19	115 000 t	231 000 t

Der Mangel an Stickstoff- und Phosphordünger konnte durch vermehrte Kalisalzgaben (1913 5 361 026 dz, 1918 8 216 834 dz) nicht ausgeglichen werden, zumal gleichzeitig auch der Naturdüngeranfall beträchtlich zurückgegangen war. Vgl. AEREBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 40–47.

²³ Näheres AEREBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 47–66.

²⁴ Wie Anm. 17

²⁵ Wie Anm. 18

triebsmittelbestand noch in gefährlicher Weise aus. Ertragsrückschläge und die Rückbildung der Produktionstechnik standen in funktionalem Zusammenhang. Von der Ungunst der Witterung hervorgerufene Mißernten sowie die durch die alliierte Blockade abgeschnürten Zufuhren vom Ausland rückten schließlich den Zusammenbruch der deutschen Ernährungswirtschaft in greifbare Nähe. Seit 1917 war die Tagesration in Deutschland für den Normalverbraucher auf 1000 Kalorien zusammengeschrumpft und lag unter dem physiologischen Existenzminimum. Eine spätere offizielle Statistik stellte mit dem Versuch offenbar letzter Genauigkeit fest, daß während des Krieges im Deutschen Reich 762 796 Menschen am Hunger zugrundegegangen seien²⁶. Die nur additive Wirkung der unaufhaltsam geschwächten Ernährungsbasis auf das militärische Geschehen und die zunehmende Auszehrung der deutschen Kampfkraft im Ersten Weltkrieg ist heute wohl kein Gegenstand streitbarer Diskussionen mehr. Sie schließt aus, die negative Entwicklung der Erzeugungs- und Ernährungsbilanzen, die statistisch zu verfolgen seit dem Weltkrieg als Aufgabe und Verpflichtung der Staatsführung betrachtet wurde, allein für den Ausgang des Krieges verantwortlich zu machen.

Der Krieg hinterließ eine durch Raubbau und Zwangswirtschaft in ihrer Leistungskraft systematisch geschwächte und untergrabene Landwirtschaft, ausgeblutet und ausgebeutet, beraubt vor allem ihrer wichtigsten Betriebsmittel. Unmittelbar nach dem Kriege schätzte die Reichsregierung die Gesamtverluste, die die deutsche Landwirtschaft durch den Krieg erlitten hatte, auf 80 Mrd. Mark. Der Verfall der agrarischen Produktion und der Ruin ihrer Wirtschaftlichkeit, nicht zuletzt Folge eines unstimmgigen Preisdirigismus, traf jedoch nicht alle Betriebe mit der gleichen Härte. Kriegswirtschaft und Ablieferungszwänge haben den bäuerlichen Mittelbetrieb stärker in seiner Substanz geschädigt als den Großbetrieb und namentlich die viehwirtschaftlich orientierte Existenzgrundlage des Bauernguts ernstlich in Frage gestellt. Die bäuerlichen Mittelbetriebe büßten ihren Vorsprung in der Viehhaltung vor dem Großbetrieb ein²⁷. Die Wiederaufbauphase der deutschen Landwirtschaft begann daher mit einem deutlichen Übergewicht der Marktleistungen des Großbetriebes vor den mittelbäuerlichen Wirtschaften.

Die Höhe der Marktleistungen der Betriebe bildete indes kein zuverlässiges Kriterium auch einer positiven Rentabilitätsentwicklung. Bereits

²⁶ E. G. SCHENCK: Das menschliche Elend im 20. Jahrhundert. Herford 1965. S. 26 f.

²⁷ G. SIEBER: Die Veränderungen in der Produktivität und Rentabilität der Landwirtschaft während der letzten Jahre. Erläutert an Bauern- und Rittergütern Thüringens. Berlin 1919. S. 140–149; K. ASSHOFF: Die Leistungen der landwirtschaftlichen Klein-, Mittel- und Großbetriebe in der Zwangswirtschaft. Diss. Köln 1921.

mit dem Ersten Weltkrieg, doch sichtbarer sodann in den nachfolgenden Jahren und Jahrzehnten glitt die deutsche Landwirtschaft insgesamt in eine neue Phase ihrer Entwicklung, in eine Phase sinkender Rentabilität, die im Vergleich zur Vorkriegszeit unter völlig veränderten Vorzeichen stand. War es schon vor dem Krieg ein bezeichnendes Merkmal der deutschen Agrarentwicklung, daß sich in der Landwirtschaft nur sehr langsam das ökonomische Rationalitätsprinzip durchsetzte, so genügte andererseits die Kriegswirtschaft und die noch bis Anfang 1923 andauernde Zwangswirtschaft, die wenigen Ansätze des Rentabilitätsdenkens wieder weitgehend zu verschütten. Die keine Leistungsanreize bietende Zwangswirtschaft war ebenso produktions- wie rentabilitätsfeindlich²⁸. Auch während der Inflationskonjunktur und bezeichnenderweise seit 1924, als sich die deutsche Landwirtschaft unter größten Anstrengungen bemühte, die Agrarerzeugung auszudehnen, um die Naturalerträge der Vorkriegszeit wieder zu erreichen, rechnete man mehr in Quantitäten und nur grob ökonomisch. Als 1928 schließlich der Gesichtspunkt der Kostensenkung in der Landwirtschaft in den Vordergrund trat, wurden alle Chancen, Einsatz und Kombination der Produktionsfaktoren mehr auf die Ertragslage abzustimmen, mit der Weltwirtschaftskrise und der 1929 in ihrem Gefolge ausgebrochenen Weltagrarkrise zunichte gemacht²⁹. Die Landwirtschaft produzierte, insgesamt gesehen, mehr unter- als oberhalb der Rentabilitätsschwelle. Zu Beginn der Wiederaufbauphase 1924/25 wirtschafteten wohl ungefähr die Hälfte aller Betriebe ohne Reinertrag, darunter die überwiegende Zahl der Großbetriebe. Die durchschnittliche Kapitalverzinsung in der Landwirtschaft erreichte sodann bis zum Wirtschaftsaufschwung von 1927/28 bestenfalls 2–3%, während Hypothekenkredite für 11% nur noch schwer zu bekommen waren. Die geringe Verzinsung auch des bedeutenden staatlichen Domänenbesitzes (beispielsweise berechnete 1928 der Reichsparkommissar die Verzinsung der Domänen von Mecklenburg-Schwerin mit 0,773%), der in nicht wenigen Bundesstaaten während des 19. Jahrhunderts noch eine tragende Säule der Staatsfinanzen bildete, belebte allerorten die Diskussion um die Veräußerung der unrentablen staatlichen landwirtschaftlichen Großbetriebe³⁰.

²⁸ Vgl. AERBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 99 f.

²⁹ K. BRANDT: Strukturwandlungen in der Weltlandwirtschaft seit 1914 und ihr Einfluß auf die Lage der deutschen Landwirtschaft. In: Deutsche Agrarpolitik. II (1932). S. 68–76; V. KLEMM: Ursachen und Verlauf der Krise der deutschen Landwirtschaft von 1927/28 bis 1933, ein Beitrag zur Agrarkrisentheorie. Habilschrift Berlin 1965. Typoskript. S. 98 f.

³⁰ G. CLAUSING: Die wirtschaftlichen Wechsellagen von 1919 bis 1932. Jena 1933. S. 49–70; K. BORMANN: Erhaltung oder Veräußerung des staatlichen Domänenbesitzes in Mecklenburg-Schwerin? Rostock 1930. S. 6–8; SERING: Deutsche Agrarpolitik auf

Im Durchschnitt wurde im Zeitraum von 1924 bis 1930 von allen Betriebsgrößenklassen eine Verzinsung des Eigenkapitals nicht erwirtschaftet.

Obwohl mit Kriegsende der Wiederaufbau der abgesunkenen agrarischen Produktionsleistung das verständliche Hauptziel der Wirtschafts-, Ernährungs- und Agrarpolitik der rasch wechselnden Reichsregierungen nach 1918 bildete³¹, verlief der Wiederaufbau überaus schleppend. Erst 1928/29 schien im großen und ganzen der Anschluß an das Vorkriegsniveau wieder erreicht. Besondere Schwierigkeiten bereitete die Wiederherstellung der Bodenerträge. Nimmt man den Kunstdüngerverbrauch als Merkmal der Ertragsentwicklung, so hätten die Erträge schon während der Inflation, zumindest aber 1924/25 die der Vorkriegszeit übertreffen müssen³². Doch es bedurfte jahrelanger erhöhter Kunstdüngergaben und Humuszufuhren, um die durch den Raubbau verursachten Schädigungs-

geschichtlicher und landeskundlicher Grundlage, S. 132; H. L. FENSCH: Die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft. In: Deutsche Agrarpolitik I. S. 379–402; W. BAUMANN: Das Sinken der Grundrente landwirtschaftlicher Großbetriebe durch den Weltkrieg. Diss. Frankfurt 1923; F. Frh. v. BABO: Der Betriebsaufwand vor und nach dem Kriege unter besonderer Berücksichtigung des Lohnanteils. Untersucht an mittelschle-sischen Betrieben. Diss. Hohenheim 1928; F. ACHTER: Die Einwirkung des Krieges auf die bäuerliche Wirtschaft in Bayern. Diss. München 1920.

³¹ W. WEBER: Chronik der deutschen Agrarpolitik 1914–1932. In: Deutsche Agrarpolitik II. S. 97–113.

³² Vgl. dazu oben Anm. 22

Belieferung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln:
Stickstoff (N)

	1927	1926	1925	1924	1923	1922
in 1000 t	403,0	340,0	291,0	278,0	204,6	348,7
=	196 v. H.			= 100		
Phosphor (P ₂ O ₅)	472,8	416,5	415,8	323,1	129,4	336,9
=	365 v. H.			= 100		
Kali (K ₂ O)	684,1	618,8	698,8	446,2	473,1	886,0
=	144 v. H.			= 100		

Die Statistik zeigt die Tendenz des steigenden Kunstdüngerverbrauchs seit der Inflation. Am stärksten steigt der Phosphorverbrauch (fast vervierfacht), am schwächsten der Kaliverbrauch.

Nach den Indexziffern der Preise für künstliche Düngemittel (1913 = 100) waren die Preise für Stickstoffdünger erheblich unter den Vorkriegsstand gefallen: 1925 um etwa 20 v. H., 1926 um fast 30 v. H. und 1927/28 lagen sie etwa 1/3 unter den Preisen von 1913.

Erheblich gestiegen sind die Preise für Phosphor, 1925/26 um über ein Viertel gegenüber 1913. Erst 1927/28 sanken sie unter das Vorkriegsniveau. Die Kalipreise stiegen 1926 geringfügig über das Vorkriegsniveau (1,8 v. H.) und 1927/28 stärker (15,3 v. H.). Vgl. auch SERING: Deutsche Agrarpolitik auf geschichtlicher und landeskundlicher Grundlage, S. 130; K. ROEBEL: Die Versorgung der deutschen Volkswirtschaft mit Rohphosphat und Superphosphat während und nach dem Weltkrieg 1914/18 in ihrer Beziehung zur Ernährungsfrage. Diss. Tübingen 1922.

gungen der Produktivkraft des Bodens wieder wettzumachen. Gute Ackerbaugelände ernteten Vorkriegserträge Ende der 20er Jahre, in anderen Gegenden wurde erst Mitte der 30er Jahre der Rückstand aufgeholt³³. Rascher, bereits bis 1924/25, gelang dagegen die Wiederauffüllung der während der Zwangswirtschaft gelichteten Viehbestände^{33a}.

Am Ende der Wiederaufbauperiode 1928/29 befand sich Deutschland ungefähr auf der Stufe der Selbstversorgung wie unmittelbar vor dem Kriege, obwohl sich das größere Reichsgebiet der Vorkriegszeit mit den im Versailler Vertrag auferlegten Gebietsabtrennungen nicht nur zu einem kleineren Deutschland reduziert hatte, sondern der Verlust von 14,2 v. H. seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche (4,96 Mill. ha), 17,7 v. H. seiner Roggen- und 17,2 v. H. seiner Kartoffelanbaufläche sowie jeweils 11,2 v. H. seiner Rinder- und Schweinebestände die deutsche Ernährungsbasis nicht zuletzt auch im Verhältnis zur gestiegenen Bevölkerungsdichte, zur Einwohnerzahl und zum höheren Anteil an Vollverbrauchern bedeutend geschmälert hatte³⁴. Rationelle Produktionsmethoden, züchterische Erfolge, ein hoher Futtermittel- und Kunstdüngerverbrauch³⁵ sowie grundlegende Verschiebungen im Nahrungsbedarf, die

³³ Bei Roggen wurde der Ertrag der Vorkriegszeit (1903–12 = 17 dz/ha), ausgenommen im guten Frühjahr 1925 (17,1 dz/ha) zwischen 1914 und 1927 nicht erreicht. Gleiches galt für die Weizenerträge. Auch der Gersteertrag blieb bis 1927 unter dem Vorkriegsniveau. Hafer: Vorkriegsertrag 18,6 dz/ha, 1927 18,3 dz/ha. Die Kartoffelerträge erreichten seit 1924 das Vorkriegsniveau: 1903/13 132,4 dz/ha, 1927 134,1 dz/ha. Zuckerrüben 1914 318 dz/ha, 1924–27 250–260 dz/ha.

^{33a}

	Pferde	Rindvieh	Schweine
1907	2 858 897	17 478 273	16 355 101 = 100
1925	3 518 772	17 363 514	12 970 277
	+ 23 v. H.	- 0,7 v. H.	- 20,7 v. H.

Der Schweinebestand betrug 1921 und 1924 bereits über 16,8 Mill. Tiere. Die Schafhaltung zeigte seit dem 19. Jh. eine rückläufige Tendenz:

1873:	24 853 285	Schafe
1907:	7 875 975	"
1912:	5 803 445	"
1921:	5 890 418	"
1925:	6 029 887	"
1930:	3 504 355	"

Die Durchschnittsschlachtgewichte der Vorkriegszeit wurden bei Rindern erst ein Jahrzehnt nach Ende des 1. Weltkriegs erreicht.

³⁴ Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkriegs. Zusammengefasst im Statist. Reichsamts. Berlin 1923. S. 15.

³⁵ Zu den produktionstechnischen Fortschritten seit Kriegsende zählten u. a. die Bekämpfung der Tierseuchen, der verstärkte Pflanzenschutz, Resistenzzüchtungen, die Hebung der Bodenfruchtbarkeit, die Förderung der Tierzüchtung, die fortschreitende Technisierung der Landwirtschaft, Meliorationen, Rationalisierungsmaßnahmen. Näheres W. TORNOW: Die Entwicklungslinien der landwirtschaftlichen Forschung in Deutschland. Hiltrup 1955. S. 88–143.

mit steigender Kaufkraft zuerst in angelsächsischen Ländern beobachtete Bedarfsumschichtung von voluminöser Kohlehydrat-Kost weg zu einer leichten Eiweiß-Nahrung⁸⁶, vermochten Deutschlands Verluste an landwirtschaftlichen Überschußgebieten binnen weniger Jahre und gewiß rascher, als manche Politiker erwarteten, wieder auszugleichen. Während unmittelbar nach dem Krieg das Deutsche Reich seine dringend benötigten Lebensmitteleinfuhren mit Devisen und aus dem Verkauf begehrter Rohstoffe bezahlte, nach der Inflation die nach wie vor bedeutenden ungedeckten Lebensmittelimporte in starkem Maße über Auslandskredite finanzierte, erzeugte Deutschland seit 1929 seinen Roggen-, Hafer-, Kartoffel- und Fleischbedarf wieder fast ganz im eigenen Lande; teilweise stellten sich sogar Überschüsse ein. Ein beträchtlicher Einfuhrbedarf bestand demgegenüber an Weizen, Futtermitteln, Molkereiprodukten, an Obst und Gemüse⁸⁷, die etwa 20 v. H. des deutschen Nahrungsbedarfs und bis 1929 den Großteil des deutschen Handelsbilanzdefizits ausmachten. Die nach dem Krieg gestiegene Auslandsabhängigkeit der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft wurde durch die unentbehrliche ausländische Kredithilfe zusätzlich unterstrichen.

War man schon vor, im und nach dem Krieg gewohnt, Bedeutung und Wertschätzung der Landwirtschaft mehr aus handels- und wehrpolitischer Sicht an dem Grad der Selbstversorgung Deutschlands mit heimischer Nahrung zu messen, so dienen bekanntlich der nüchternen wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtung in erster Linie die Beschäftigungsstruktur, der Kapitalstock, die gesamtwirtschaftliche Leistung sowie der jeweilige auf den Agrarsektor entfallende Anteil als Kriterien, um Stellung und Gewicht der Agrarwirtschaft in der Gesamtwirtschaft abzulesen. Das Volkseinkommen des Deutschen Reiches in der Vorkriegszeit von rd. 48,5 Mrd. Mark hat sich mit dem Nominaleinkommen von 1924

⁸⁶ Nach der Währungsstabilisierung näherte sich der Verbrauch wieder dem Vorkriegsstand, erreichte ihn jedoch bei Brot und Kartoffeln nicht mehr. Dagegen zeigte sich bis 1928 die Tendenz zu steigendem Verzehr von hochwertigen Lebensmitteln (Fleisch, Eier, Zucker, Südfrüchte, Gemüse, Obst). Die Wirtschaftskrise 1929–1933 erstickte sodann den weiteren Übergang zur Qualitätskost. Näheres H. EISIG: Der Verbrauch von Nahrungsmitteln in Deutschland vor und nach dem Krieg. In: Deutsche Agrarpolitik I. S. 132–170.

⁸⁷ SERING: Deutsche Agrarpolitik auf geschichtlicher und landeskundlicher Grundlage, S. 129–130 u. 186–191. 1927 belief sich der Einfuhrüberschuß für Nahrungs- und Futtermittel auf 4,95 Mrd. RM. Der Gesamtverzehr an Nahrungsmitteln betrug 1924 14,5 Mrd. RM, stieg auf 18,5 Mrd. RM im Jahr 1928 und wurde (ohne Futtermittelbedarf) 1924 zu 81% und 1928 zu 80% aus dem Inland gedeckt. Infolge des Ausfalls der Gersteinfuhren aus Osteuropa verlagerte sich die deutsche Futterwirtschaft in der Nachkriegszeit auf Mais, der hauptsächlich aus Nord- und Südamerika importiert wurde. H. v. DECKEN: Deutschlands Nahrungs- und Futtermittelversorgung. Berichte über Landwirtschaft. 88. Sonderheft. Berlin 1933; RITTER: Der Getreideverkehr der Welt, S. 117.

ungefähr gedeckt und überstieg bis 1927/28 dank der stark expandierten industriellen Produktion die allerdings nur mit Vorbehalten zu Vergleichen geeigneten Vorkriegszahlen. Die Landwirtschaft erwirtschaftete einen Brutto-Produktionswert von rd. 12,1 Mrd. RM im Wirtschaftsjahr 1924/25, der bis 1927/28 auf 14,3 Mrd. um 17 v. H. anhub, nur sank im gleichen Zeitraum der Anteil der Landwirtschaft am Sozialprodukt – wegen der stärker gewachsenen industriellen Produktion – von 20 auf 16 v. H.³⁸ Die Brutto-Produktionswerte geben jedoch ebenso wenig wie der Anteil des Agrarsektors an der gesamtwirtschaftlichen Leistung genaue Auskunft über die Entwicklung der Einkommenslage in der Landwirtschaft. Die reale Einkommenslage hängt vielmehr von der Zahl der Einkommensbezieher, auf die sich die Gesamtleistung verteilt, ab, von deren Verschuldung und öffentlicher Belastung. Im einzelnen stellt sie eine Funktion der Höhe der jeweiligen Kapitalverzinsung und des Betriebslohns dar.

Während in der Vorkriegszeit die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzende Landflucht als nicht mehr zu übersehende und schwerlich zu bremsende Erscheinung galt und unverkennbar der Wirkungsweise fortschreitender Industrialisierung unterlag, wurde in den Nachkriegsjahren der Prozeß der »Entvölkerung« des flachen Landes, Grenzlandschaften ausgenommen, vielfach gestoppt und verlief teilweise sogar in umgekehrter Richtung. Die Land-Stadt-Bewegung kehrte sich für einige Zeit in eine regelrechte »Flucht« in die Landwirtschaft um. Über Jahre ergoß sich ein Strom von Abwanderern aus zahlreichen Großstädten in stadtnahe agrarische Wirtschaftsräume. Viele deutsche Landschaften erfuhren in gewissen Grenzen eine »Reagrarisierung«³⁹. So trat letztlich die

³⁸ K. LANGE: Deutsche Industrie und deutsche Landwirtschaft. Ihre Produktionsentwicklung 1925–1931. In: Deutsche Agrarpolitik II. S. 554 u. 580–581; WEBER: Die Landwirtschaft in der volkswirtschaftlichen Entwicklung, S. 63.

³⁹ Wenn man Länder mit einem Anteil an Erwerbstätigen der Landwirtschaft von 40 v. H. und darüber zu den Agrarlandschaften zählt, so waren 1925 dazu zu rechnen: Ostpreußen (55,7), Brandenburg (41,0), Pommern (50,7), Posen-Westpreußen (60,9), Oberschlesien (43,0), Hannover (42,0) Hohenzollern (62,2) Bayern (43,8) Württemberg (41,7), Mecklenburg-Schwerin (47,4), Oldenburg (46,3), Mecklenburg-Strelitz (49,5), Waldeck (58,8). Als typische Industrielandschaften bzw. großstädtische Ballungsräume haben zu gelten Gebiete mit einem Erwerbstätigen-Anteil der Landwirtschaft von 20 v. H. und darunter: Berlin (0,9), Westfalen (19,8), Rheinprovinz (19,3), Sachsen (12,4), Hamburg (2,5), Bremen (3,2), Lübeck (6,9).

Zur Wanderungsbewegung und zum städtischen Wanderungsverlust F. BURGDÖRFER: Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsstruktur und landwirtschaftlicher Absatz. In: Deutsche Agrarpolitik I. S. 38–39 u. 102–107. Die Angaben von Burgdörfer sind unbefriedigend, da er sich auf die Volkszählungen von 1910 und 1925 beschränkt. So beziffert er beispielsweise den Abwanderungsverlust Ostpreußens zwischen 1910 und 1925 auf 112 000 Menschen. Nach den Erhebungen des Enquete-Ausschusses betrug er allein zwischen 1919–1925 142 653 Menschen. Die Lage der Landwirtschaft in Ostpreußen. Berlin 1929. S. 7.

paradoxe Situation ein, daß die gewaltige Steigerung der Agrarproduktion zwischen 1882 und 1913 von einer langsam absinkenden landwirtschaftlichen Bevölkerung erarbeitet wurde, der retardierte Wiederaufbau nach dem Kriege trotz aller produktionstechnischen Fortschritte aber mit einem beträchtlich vermehrten Arbeitskräftebestand erfolgte. Zwar reduzierten sich zwischen den statistischen Erhebungsjahren 1907 und 1925 die relativen Anteilwerte der Beschäftigten der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung⁴⁰, doch erhöhte sich im gleichen Zeitraum sowohl die absolute Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe als auch die der im Agrarsektor beschäftigten Arbeitskräfte. Die Zahl der Beschäftigten der Landwirtschaft erreichte zwischen 1919 und 1925 auf verkleinertem Reichsgebiet und noch dazu um 6 v. H. reduzierter Nutzfläche⁴¹ einen absoluten Höchststand. 1907 (bezogen auf das verkleinerte Reichsgebiet) wurden in 4 640 554 Betrieben insgesamt 12 893 148 Personen beschäftigt, 1925 in 5 090 533 Betrieben 14 338 455 Personen⁴². Das Beschäf-

⁴⁰ Die Zahl der Erwerbstätigen der Landwirtschaft ist aufgrund der statistischen Erhebungen von 1882, 1895, 1907 und 1925 stets absolut gestiegen, die absolute Zahl der Berufszugehörigen (Erwerbstätige und Angehörige) war demgegenüber rückläufig. Rückläufig waren durchweg auch die relativen Anteilwerte der Beschäftigten der Landwirtschaft, die großenteils in die Industrie abwanderten. Die Reduzierung der Anteilwerte der Beschäftigten der Landwirtschaft etc. zwischen 1907 und 1925 (Erhebungsjahre der Reichsstatistik) führten jedoch bezeichnenderweise nicht in gleichem Umfang zu einer Erhöhung der Beschäftigungsquote in Industrie und Handwerk.

	Landw., Forstw., Gärtnerei		Industrie, Handwerk	
	Erwerbstätige	Berufszugehörige	Erwerbstätige	Berufszugehörige
1882	42,2 v. H.	40,0	33,8	35,0
1895	36,3 v. H.	33,6	37,8	38,9
1907	34,0 v. H.	27,1	39,1	40,7
1925	30,5 v. H.	23,0	41,4	41,3

⁴¹ Bezogen auf den Gebietsstand von 1925 belief sich die landwirtschaftliche Nutzfläche 1907 auf 27 182 201 ha und 1925 auf 25 599 305 ha.

Ein Vergleich der Bodennutzungserhebungen aufgrund der Betriebszählungen von 1907 und 1925 ergibt ferner, daß sich

1. das Ackerland (1907: 20,604 Mill. ha – 1925: 18,498 Mill. ha) um 10,3 v. H. verringerte;

2. das Gartenland um ca. 5 v. H. vermehrte;

3. das Weideland (gutes und geringeres) um 46 v. H. zunahm (1907: 1 682 690 – 1925: 2 473 461 ha), und

4. das unkultivierte Moor – und Ödland sich ebenfalls vergrößerte.

	Betriebe 0,05–20 ha				Betriebe 20ha und mehr			
	Beschäftigte	Gesinde Tagelöhner usw.	Saison- arbeiter	ha je AK.	Beschäf- tigte	Gesinde Tagel. usw.	Saison- arbeiter	ha je AK.
1907	10 102 056	770 096	1 049 348	1,33	2 791 092	1 312 957	671 126	4,89
1925	11 605 368	783 787	502 663	1,17	2 733 087	1 429 348	484 261	4,36
Diff.	+1 503 312	+13 691	–546 685		–58 005	+116 391	–186 865	

tigtenpotential, darunter insbesondere die weiblichen Arbeitskräfte⁴³, vermehrte sich um 29,2 v. H.⁴⁴ und erfuhr in der Hauptsache seine Steigerung durch die beträchtliche Zunahme der Zahl der Parzellen-, Klein- und Mittelbetriebe zwischen 0,05 und 20 ha um rund 1,5 Mill. Ernährungsnot und Beschäftigungsmangel ließen namentlich an den Randzonen der Bevölkerungsballungsräume seit 1918 die Neben- und Kleinerwerbsbetriebe wie Pilze aus dem Boden schießen. Das vielgepriesene Beispiel des württembergischen Arbeiter-Bauerntums machte in vielen Teilen Deutschlands Schule⁴⁵. Die anhaltende Stadtflucht grub ihre Züge in die Agrarstruktur.

Der aus wirtschaftlicher Not geborene Trend zum Erwerb einer landwirtschaftlichen Kleinsiedlung, der der zeitgemäßen Flucht in die Sachwerte entsprach, traf sich mit den Siedlungsbestrebungen der Reichsregierungen nach 1918, die auf ihre Weise das im Krieg gegebene »Hinden-

Die Saisonarbeiter wie auch die vorübergehend mithelfenden Familienangehörigen wurden als »volle« Arbeitskräfte (AK) gerechnet. Auch die hauptberuflich in der Landwirtschaft Tätigen konnten keinesfalls als »vollbeschäftigt« im produktiven Sinne gelten. Im Grunde bleibt jede Umrechnung nicht ständig beschäftigter Arbeitskräfte in Vollarbeitskräfte problematisch.

⁴³ Unter allen Erwerbszweigen zeigte stets die Landwirtschaft den höchsten Anteil an weiblichen Arbeitskräften unter den Erwerbstätigen. Annähernd die Hälfte (vielfach darüber) der Erwerbstätigen der Landwirtschaft waren weibliche Arbeitskräfte (1881: 44,4 v. H.; 1907: 47 v. H.; 1925: 43,3 v. H.). Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte (Erwerbstätige der Landwirtschaft etc.) hat sich zwischen 1907 und 1925 sogar um 24,3 v. H. um rund 1 Mill., vermehrt.

⁴⁴ Besonders auffallend und typisch für die Arbeitskräfteentwicklung in der Landwirtschaft war der Anstieg der Zahl der ständig mithelfenden Familienangehörigen: 1907: 4 063 353 = 100; 1925: 5 340 447 = 131 v. H., Zunahme 31 v. H. Demgegenüber Rückgang der vorübergehend mithelfenden Familienangehörigen um 15 v. H.: 1907: 2 484 885 = 100; 1925: 2 126 410 = 85 v. H. Gering rückläufig war die Anzahl der beschäftigten fremden Gesindes (rd. 60 000 Personen), jedoch unter Einbeziehung der Gutstagelöhner und Gutshandwerker stieg die Zahl ständig beschäftigter fremder Arbeitskräfte um 6 v. H. (ohne Aufseher und Rechnungspersonal): 1907: 2 083 053 = 100; 1925: 2 213 135 = 106 v. H. Rückgang an nichtständig beschäftigten fremden Arbeitskräften um 43 v. H. 1907: 1 720 474 = 100; 1925: 986 924 = 57 v. H. = - 733 550. Gesamtanteil der eigenen Arbeitskräfte 1925 = 79,5%.

Näheres F. FAASS, M. HOFER, W. KWASNIK: Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt. In: Deutsche Agrarpolitik I. S. 494–497.

⁴⁵ Im Großraum Berlin stieg die Zahl der Kleingärtner allein im Jahr 1922 von 158 000 auf 170 000, womit sich bereits im Kriege eingeleitete Bestrebungen fortsetzten. Vgl. G. BONNE: Die Bodenbesitzreform. Ein Weg zur Volksgesundheit und Volkseinheit. München 1924. S. 25; AEREBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 75–83. – Im Stadtgebiet von Berlin hat sich die Zahl der Betriebe von 0,05 – 2 ha zwischen 1907 und 1925 fast verzehnfacht (von 5000 auf 48 000). Eine starke Vermehrung erfuhren die Parzellenbetriebe ebenfalls in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Lübeck. Andererseits war ihre Zahl rückläufig in der Rheinprovinz, Westfalen, aber auch in Mecklenburg. Kaum vermehrten sie sich in Oberschlesien.

burg'sche Siedlungsversprechen«⁴⁶ zu verwirklichen suchten. Die langjährigen Initiativen insbesondere des zu seiner Zeit einflußreichen Agrarwissenschaftlers und Agrarpolitikers Max Sering (1857–1939) auf siedlungspolitischem Gebiet mündeten in das im August 1919 verabschiedete Reichssiedlungsgesetz⁴⁷. Das an das Vorbild der bis heute auf deutschem Boden unerreichten friderizianischen Kolonisation des 18. Jahrhunderts und trotz der damals völlig veränderten wirtschaftlich-sozialen Konstellationen anknüpfende Siedlungsprogramm, verschmolzen mit Ideen einer nachzuvollziehenden liberalen Agrarreform, galt wenige Jahre nach dem Kriege, in der damaligen Not der Zeit, als wirtschaftlich-soziales Allheilmittel, nicht zuletzt um eine drohende politische Radikalisierung der zahllosen Erwerbslosen abzuwehren. Im wesentlichen lief die von der Sozialdemokratie unterstützte Siedlungspolitik in ihren Zielen jedoch auf eine Reagrarisierung der Industriegesellschaft hinaus. Das Verhältnis von Stadt- und Landbevölkerung sollte wiederum mehr zugunsten eines wehrfähigen und wirtschaftlich selbständigen Bauernstandes und die Agrarstruktur mehr zugunsten der bäuerlichen Betriebe verschoben werden, um zugleich eine größtmögliche agrarische Selbstversorgung Deutschlands in absehbarer Zeit zu erreichen. Man übersah dabei sowohl die schon aus der Vorkriegszeit bekannten Grenzen der Autarkie eines Industriestaats und erkannte ebenfalls nicht, daß bäuerliche Siedlungspolitik und Autarkie sich in ihrer Wirkung aufheben, daß Ansiedlung potentieller Industriearbeiter als Bauern bei gleichzeitiger Handelsautarkie auf die Dauer Armut und Arbeitslosigkeit produzieren würden⁴⁸. Die tatsächliche Entwicklung verlief auch nicht im Sinne der Siedlungsplaner. Auf den schleppenden Beginn der Siedlungsbestrebungen zwischen 1919 und 1924 folgte in der Wiederaufbauphase von 1924

⁴⁶ HAUSHOFER: Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter, S. 263; E. WARTISCH: Soldatensiedlungen in Oedland und Moor. Diss. Hamburg 1922.

⁴⁷ Näheres: HAUSHOFER: Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter, S. 268 bis 269; SERING: Deutsche Agrarpolitik auf geschichtlicher und landeskundlicher Grundlage, S. 84–87; Enquete-Ausschuß, Bd. 10. Das ländliche Siedlungswesen nach dem Kriege. Berlin 1930; K.-R. SCHULTZ-KLINKEN: Siedlungspolitik und Siedlungswesen in Preußen zwischen Reform und Revolution (1807–1919). In: Innere Kolonisation H. 8. Jg. 1969; ders.: Das ländliche Siedlungswesen in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen 1919–1939. Veröff. Akad. f. Raumforsch. u. Landesplan. Bd. 63. 1971.

⁴⁸ Diese Erkenntnis, die jedoch überhört wurde, formulierten bereits W. GERLOFF: Autarkie als wirtschaftliches Problem: In: Autarkie. Fünf Vorträge. Berlin 1932. S. 25–35 u. W. EUCKEN: Krisen und Autarkie. In: ebd. S. 48 f. Demgegenüber E. GOERKE: Die Autarkie der Landwirtschaft als oberstes Ziel der zukünftigen deutschen Volkswirtschafts-Politik. Diss. Frankfurt 1921; H. METZNER: Die landwirtschaftliche Selbstversorgung Deutschlands. Berlin 1926; H. P. DANIELCIK (Hg.): Deutschlands Selbstversorgung. München 1932; C. J. FUCHS: Deutsche Agrarpolitik vor und nach dem Kriege. Stuttgart 1927. S. 72 ff.

bis 1926 deren völlige Stagnation⁴⁹. Nach der Inflation schoben sich in der Agrarpolitik wiederum die Markt- und Preispolitik in den Vordergrund.

Krieg und Revolution haben in Osteuropa die Agrar- und Eigentumsstruktur revolutionierende Umwälzungen herbeigeführt. In Deutschland fand kein Bruch mit der überlieferten Rechtsordnung statt⁵⁰. Die landwirtschaftliche Grundbesitzverteilung erfuhr keine grundumstürzende Verschiebung, sondern nur graduelle Veränderungen zugunsten der Klein- und mittelbäuerlichen Betriebe, ohne aber der deutschen Volkswirtschaft insgesamt zu höherem Nutzen zu gereichen. 1907 gehörten 5 v. H. der landwirtschaftlichen Betriebe der Größenklasse von 20 und mehr ha an und verfügten über 50,4 v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche, während 95 v. H. der Betriebe sich in etwas weniger als der Hälfte der Nutzfläche zu teilen hatten. 1925 besaßen die 4,2 v. H. der landwirtschaftlichen Betriebe der Kategorie über 20 ha 46,6 v. H. der Nutzfläche. Die restlichen 53,4 v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfielen nunmehr auf 95,8 v. H. der Betriebe. Von der Betriebszahl aus gesehen war Deutschland während des Krieges und durch die Inflation zu einem Land mit noch ausgedehnterem kleinbäuerlichen Charakter geworden. Aus der Verteilung der Nutzfläche ergab sich dagegen weiterhin das Gewicht der Großbetriebe⁵¹. Von einer nachdrücklichen Stärkung des Bauernstan-

⁴⁹ SCHULTZ-KLINKEN: Das ländliche Siedlungswesen in Deutschland a.a.O. S. 128. Zwischen 1919 und 1928 gegründete ländliche Siedlerstellen:

	Stellen	Fläche	Durchschnittsgröße
Ostdeutschland	16 127	190 101 ha	11,79 ha
West- u. Süd- deutschland	10 216	69 413 ha	6,8 ha
insgesamt	26 343	259 514 ha	9,8 ha

Die Mehrzahl der Stellen war bis zu 5 ha (bis 1925 50,8% unter 2 ha) groß und insofern auf die Dauer nicht lebensfähig. Außerdem wurden Kleinsiedlerstellen durch Landzuteilung geringfügig vergrößert.

⁵⁰ In Deutschland setzte sich die Idee der Bodenreform nur unter der Voraussetzung einer angemessenen Entschädigung der landabgebenden Vorbesitzer durch. H. STADE: Die Bestrebungen zur Umgestaltung der agrarischen Besitzverhältnisse in Mecklenburg-Schwerin nach 1918. Diss. Göttingen 1928; R. SEIFRIZ: Die Agrarreform in Deutschland im Lichte sozialistischer Lehrmeinungen seit dem Kriege. Diss. Jena 1922. – Mit der Agrarfrage in der Novemberrevolution 1918 beschäftigte sich vornehmlich die DDR-Literatur: H. ROTHMANN: Die Agrarfrage in der Novemberrevolution. In: Wiss. Zs. d. Karl-Marx-Universität Leipzig. 7. Jg. H. 4. 1957/58. Gesellschaftsw.-sprachwiss. Reihe. S. 349 f.; G. UHLMANN: Die Bodenfrage in der Novemberrevolution. In: Zs. f. Geschichtswissenschaft. Sonderheft 1958. S. 101 f.; J. BURKHARDT: Bauern gegen Junker und Pastoren. Feudalreste in der mecklenburgischen Landwirtschaft nach 1918. Berlin 1963.

⁵¹ Vgl. auch E. SALIN: Standortverschiebungen in der deutschen Wirtschaft. In: B. HARMS (Hg.): Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft. Berlin 1928. S. 85.

des kann nicht die Rede sein⁵². Die nähere statistische Betrachtung brachte vielmehr zum Ausdruck, daß je kleiner die Betriebsflächen wurden, desto größer die Menschenzahl war, die vom Betrieb leben wollte und sollte und demzufolge sich dort zwangsläufig das Bestreben verstärkte, die risikoreiche Viehhaltung und Veredlungswirtschaft als tragendes Einkommenselement in die Betriebe zu tragen. Durch ihren Charakter als einer ausgesprochenen Veredlungswirtschaft wurde aber die bäuerliche Wirtschaft von der allgemeinen Baisse und schließlich von den wiederholten Zusammenbrüchen der Preise für Veredelungsprodukte in aller Härte getroffen und teilweise auf die Stufe von Selbstversorgungsbetrieben zurückgedrängt.

Betriebsstruktur und Arbeitskräfteüberbesatz zeichneten der deutschen Landwirtschaft den Weg in die Krise. Sie befand sich eigentlich bereits in einer Krise noch vor Ausbruch der großen Weltwirtschafts- und Weltagrarkrise. Wohnungsnot und Mangel an industriellen Arbeitsplätzen führten zur versteckten Arbeitslosigkeit auf dem Lande. Die Landwirtschaft übte eine Art Sozialfürsorge-Funktion aus. Indem sie bei beträchtlich reduzierter Produktionshöhe in hohem Maße Arbeitskräfte anzog bzw. nicht im gleichen oder stärkerem Umfang wie vor dem Kriege Arbeitskräfte an nichtagrarisches Berufsgruppen abgab, wuchs nicht nur die Zahl der vom wirtschaftlichen Standpunkt nicht mehr voll ausgelasteten Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, sondern sank zugleich die Arbeitsproduktivität im Agrarsektor weit unter das Vorkriegsniveau. Bis zu Ende der Inflation brauchten die Landwirte zwar mit den Kosten der beschäftigten Arbeitskräfte nicht zu rechnen, doch gelang es nach der Inflation nicht sogleich, die großzügig eingestellten Arbeitskräfte trotz steigender Lohnkosten mit einem Schlage wieder abzubauen. Die Entwicklung des entscheidenden Produktionsfaktors in der Landwirtschaft, der Arbeitsproduktivität, zeigte gegenüber der Vorkriegszeit infolge der nachkriegsbedingten Reagrarisierung und der nachfolgenden weitgehenden Immobilität des Faktors Arbeit nicht nur stagnierende, sondern sogar retardierende Tendenzen. In Betrieben bis zu 20 ha kamen 1907 je Arbeits-

⁵² Hierzu: H. ZÖRNER: Probleme der bäuerlichen Wirtschaft in Deutschland. Berlin 1931. S. 10 f.; ders.: Der Einfluß der Betriebsgröße auf die Bodennutzung und Verwertung der Bodenprodukte. In: Deutsche Agrarpolitik. I. S. 465–480; F. BECKMANN: Die deutsche Milchwirtschaft. In: ebd., S. 261–262; KLEMM: Ursachen und Verlauf der Krise der deutschen Landwirtschaft, S. 44–73; J. ŠOLTA: Zur Strukturentwicklung der Bauernschaft im imperialistischen Deutschland seit dem Ausgange des ersten Weltkrieges. In: Jahrb. f. Wirtschaftsgeschichte Teil II/III. 1964. S. 256–278. – Die Betriebe von 0,5–20 ha (= 89,3 v. H. der Betriebe) hatten 46,4 v. H. der Roggenanbaufläche inne, 44,5 v. H. der Weizenanbaufläche, 55 v. H. der Kartoffelanbaufläche und nur 20 v. H. der Zuckerrübenanbaufläche. 1925 verfügten andererseits die Betriebe bis 20 ha über 65 v. H. der Rinder-, 73,7 v. H. der Schweine- und 31,2 v. H. der Schafbestände.

kraft 1,33 ha, 1925 dagegen nur 1,17 ha, in Betrieben über 20 ha 4,89 ha bzw. 4,36 ha. Die Verstärkung der Arbeitsdichte reichte von den kleinsten bis zu den größten Betrieben⁵³. Nur in den kleinsten Betriebsklassen wurde ihr durch den Übergang zu stärkerem Gartenbau Rechnung getragen. So lastete auf der deutschen Landwirtschaft insgesamt der rentabilitätsmindernde Kostendruck einer gesunkenen Arbeitsproduktivität, ein Faktum, das die zeitgenössische Agrarpolitik kaum zur Kenntnis nahm⁵⁴.

Daß unter solchen Voraussetzungen und angesichts eines beträchtlichen Überhangs Arbeitsuchender eine entscheidende Verbesserung der gedrückten materiellen Lage der Landarbeiter eintrat, war nicht zu erwarten. Die Novemberrevolution hat zwar, ein Jahrhundert nach der Befreiung des preußischen Bauern, den Landarbeiter »emanzipiert« und ihn erstmals rechtlich dem Industriearbeiter gleichgestellt. Er erhielt Koalitionsfreiheit und das Streikrecht und wurde in das System der Tarifverträge einbezogen⁵⁵. Das überkommene gespaltene Verhältnis des Landwirts zu Mensch und Tier, die Vorrangigkeit von Tier und Maschine gegenüber der Menschenbehandlung änderte sich damit allerdings nicht schlagartig. Das Lohngefälle zwischen Stadt und Land blieb bestehen. Die anfangs der 20er Jahre amtlich verzeichneten jährlich rund 300 Streiks in 2 000 und 3 000 landwirtschaftlichen Betrieben verdeutlichten den latenten Interessenkonflikt zwischen Agrarunternehmern und Arbeitern⁵⁶.

⁵³ ZÖRNER: Der Einfluß der Betriebsgröße auf Bodennutzung a.a.O., S. 466. – Arbeitskräfte je 100 ha 1925: 0,05–2 ha Betriebsgröße 289,9 Ak, 2–5 ha 94,4 Ak, 5–20 ha 46,3 Ak, 20–50 ha 25,85 Ak, 50–100 ha 21,94 Ak, 100–200 ha 23,05 Ak, über 200 ha 19,51 Ak.

⁵⁴ Die von Aereboe wesentlich angeregte und nach dem 1. Weltkrieg staatlicherseits geförderte »Arbeitsforschung« befaßte sich zunächst mehr mit den sozialen und arbeitswirtschaftlichen Belangen des Landarbeiters. Vgl. TORNOW: Entwicklungslinien der landwirtschaftlichen Forschung, S. 133–136.

⁵⁵ AEREBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 128 bis 140; HAUSHOFER: Landwirtschaft im technischen Zeitalter, S. 266–267; E.-G. AM-LONG: Die Grundzüge der agrarpolitischen Ideenrichtungen in der deutschen Sozialdemokratie und ihr Niederschlag in der nachrevolutionären preußischen Landarbeiterpolitik. Diss. Kiel 1923.

⁵⁶ Die deutsche Landwirtschaft beschäftigte 1925 2 390 323 fremde landwirtschaftliche Arbeiter einschl. Betriebshandwerker. Davon waren 46,7 v. H. Knechte und Mägde, 34,7 v. H. Landarbeiter ohne eigenen Landbesitz und 9,2 v. H. Landarbeiter mit Deputatland. Der nahezu eine halbe Million ausländischer Landarbeiter im Jahr 1914 standen 1919 nur rd. 138 000 gegenüber. Ihre Zahl stieg bis 1921 auf 170 000 und nahm dann von Jahr zu Jahr ab. 1925 wurden 136 844 ausländische Arbeiter für landw. Arbeit im Reich legitimiert (etwa 80% aus Polen); 1926: 124 031; 1927: 118 547. Befreit von der Legitimation (Befreiungsschein) waren 1926 10 838 ausländische Arbeiter, 1927 18 864. Etwa ein Viertel der ausländ. Arbeiter hielt sich in Sachsen-Anhalt auf. Zur vielschichtigen, schwierigen Problematik des Landarbeiters: FAASS, HOFER, KWASNIK: Arbeitsmarkt a.a.O., S. 494–528; J. Frhr. v. WANGENHEIM: Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt unter dem Gesichtspunkt der Produktionskostensenkung für die Land-

Um Gegensätze zu überbrücken, wurden auf Staatsdomänen von der Sozialdemokratie begünstigte Versuche zur Einführung einer Gewinnbeteiligung der Landarbeiter bzw. ihrer genossenschaftlichen Bewirtschaftung durch Arbeiter und Angestellte unternommen. Derartigen Experimenten blieb aber der Erfolg versagt⁵⁷.

Rückblickend, aus heutiger Sicht, dürfte die Ursache für den krisenhaften Opfergang der deutschen Agrarwirtschaft in der Nachkriegszeit weniger in der vielbeklagten Misere der Agrarpreisentwicklung zu suchen sein, sondern er ist letztlich dem Wiederaufbau der im Krieg ruinierten Landwirtschaft bei vor allem abgesunkener bzw. stagnierender Arbeitsproduktivität im Rahmen einer noch dazu verarmten Volkswirtschaft mit gebremsten Industrialisierungstempo zuzuschreiben. Unter diesen Umständen befand sich die deutsche Agrarwirtschaft in einer Art Teufelskreis, aus dem sie mit anhaltenden kreditären »Wiederbelebungsspritzen« nur dann auszubrechen vermochte, wenn es gelungen wäre, den Wie-

wirtschaft. In: ebd., S. 529 f.; AERBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 124–157 (darin auch die von der Revolution durchgesetzte Schutzgesetzgebung für Kleinpächter, Heuerlinge usw.); H. SPRUTH: Wege zum ökonomischen und sozialen Aufstieg des Landarbeiters einst und jetzt. Ein Beitrag zur Agrarpolitik der Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung der Siedlungsgesetzgebung. Diss. Tübingen 1922; H. MIESSNER: Die Beteiligung der landwirtschaftlichen Arbeiter am Rohertrag in Deutschland. Diss. Würzburg 1922; E. MÜLLER: Die Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Tarifwesens in der Provinz Sachsen und dem Freistaate Anhalt. Diss. Halle 1923; W. WEBER: Landarbeiterwohnungsverhältnisse in Pommern. Diss. Greifswald 1923; L. LINZENICH: Landarbeiterfrage und Landarbeiterverhältnisse in einem rheinischen Kleinparzellegebiet. Euskirchen 1922; H. FRANCK: Die Landarbeiterfrage in Schleswig-Holstein im wirtschaftlichen und politischen Wechsel. Diss. Hamburg 1921; E. WÖLBERN: Die Landarbeiterverhältnisse im Hochland des Kreises Hadeln unter besonderer Berücksichtigung des neuen Landarbeiterrechts. Diss. Hamburg 1922; H. DERKUM: Die landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse in der niederrheinischen Bucht. Diss. Köln 1922; W. HEYERMANN: Die Landarbeiterfrage in Westfalen. Diss. Frankfurt 1925; H. SCHRADER: Die Landarbeiterverhältnisse in Niederbayern und Oberpfalz. Diss. Halle 1925; E. POMMERENCKE: Die Landarbeiterverhältnisse in Mecklenburg-Schwerin seit der Revolution. Diss. Leipzig 1931; W. F. BOYENS: Die ländliche Arbeitsverfassung Ostelbiens. In: Berichte über Landw. Bd. 27 (1941); Enquete-Ausschuß Bd. 7, Untersuchungen über Landarbeiterverhältnisse. Berlin 1929; J. SCHMITT: Tarifverträge in der Landwirtschaft. Berlin 1922; W. HELMERKING: Untersuchungen über die vergleichsweise Höhe der Landarbeiterlöhne in Deutschland vor und nach dem Kriege. Berlin 1931; W. BERNIER: Die Lebenshaltung, Lohn- und Arbeitsverhältnisse von 145 deutschen Landarbeiterfamilien. Berlin 1931; W. ABEL: Agrarpolitik. 3. Aufl. Göttingen 1967. S. 122.

Dem Klassenkampf der Landarbeiter hat sich die DDR-Forschung besonders zugewandt: H. HÜBNER: Die ostelbischen Landarbeiter in der Novemberrevolution. In: Wiss. Zs. d. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg. Gesellschaftsw.-sprachwiss. Reihe. Jg. 8. H. 1. 1958. S. 71 f.; E. VOSS: Revolutionäre Ereignisse und Probleme des Klassenkampfes zwischen Gutsbesitzern und Landarbeitern in den Jahren von 1921 bis 1923 in Deutschland. Diss. Rostock 1964.

⁵⁷ E. WENDT: Die staatliche Selbstbewirtschaftung von Domänen in Preußen, Sachsen und Braunschweig. Jena 1925.

deraufbau der Vorkriegserträge im Zuge fortschreitender Rationalisierung der Produktion bei ständig steigender Arbeitsproduktivität und im Rahmen einer gleichbleibenden bzw. wachsenden Nachfrage auf dem Agrargütermarkt zu vollziehen. Weder das eine noch das andere war der Fall. Eine sich ständig höher schraubende Verschuldung brachte die Landwirtschaft um ihren Wirtschaftserfolg. Ihr Wiederaufbau von 1924 bis 1930 wurde, wie auch der der gesamten Volkswirtschaft, mit einer bedenklich nahe an die Vorkriegsverschuldung heranreichenden Neuverschuldung finanziert. Von den rund 45 Mrd. RM, um welche von 1924 bis 1930 die Gesamtverschuldung der deutschen Privatwirtschaft hochschnellte, belastete allein die Landwirtschaft eine Schuldsumme von knapp 12 Mrd. RM⁵⁸ (7,5 Mrd. bis 1928). Zur Anhäufung der hochverzinslichen Schuldsumme genügten mithin nur 7 Jahre.

Am landwirtschaftlichen Gesamtvermögen gemessen, war die Verschuldung der kleinbäuerlichen Besitzer des standortbenachteiligten Ostens schon 1902 dreimal so hoch wie die der kleinbäuerlichen Besitzer des Westens, während die östlichen Großbetriebe im Durchschnitt zweieinhalbmal mehr Schulden hatten als die des westlichen Deutschlands. Im Durchschnitt knapp ein Drittel aller Betriebe waren unverschuldet: mit einer Schuld von mehr als 50 v. H. ihres Vermögens waren 17,2 v. H. der Betriebe belastet. Die höchste Anzahl *überschuldeter* Besitzer (etwas weniger als 1%) fand sich in den östlichen Provinzen des Deutschen Reiches⁵⁹.

Auch die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft zu Beginn der Weltwirtschaftskrise zeigte große Unterschiede von Gegend zu Gegend und war nicht gleichmäßig auf Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe verteilt. Erhebungen aus den Jahren 1926/27 von begrenzter Aussagekraft erweckten zunächst den Eindruck, als seien westdeutsche Betriebe von der Neuverschuldung anfangs stärker betroffen worden als ostdeutsche Betriebe und als würden Betriebe der unteren Betriebsgrößenklassen sowie kleinere Großbetriebe den höchsten Schuldenstand erreicht haben⁶⁰. Spätere Statistiken verdeutlichten die stärkere Verschuldung der ostdeutschen gegenüber der westdeutschen Landwirtschaft. Die verkehrsgünstig gelegenen preußischen Ostprovinzen entwickelten sich wie vor dem Kriege zu agrarischen Krisenherden. Anfang 1927 war die ostpreußische Landwirtschaft im Durchschnitt bereits zu 59,3% ihres steuerlichen Ein-

⁵⁸ Bei der Berechnung der Kreditbelastung (ohne kapitalisierte Renten und Altenteile) ist man teilweise auf Schätzungen angewiesen. SERING: Deutsche Agrarpolitik auf geschichtlicher und landeskundlicher Grundlage. S. 113–114; F. FABIAN: Die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft vor und nach dem Kriege. Barby 1930. S. 99–112.

⁵⁹ Enquete-Ausschuß. Bd. 12. Die Verschuldungs- und Kreditlage der deutschen Landwirtschaft in ihrer Entwicklung von der Währungsbehaftung bis Ende 1928. S. 3.

⁶⁰ FABIAN: Verschuldung der deutschen Landwirtschaft, S. 100–112.

heitswertes verschuldet⁶¹, Anfang 1928 die Pommerns mit über 60%⁶², während sich die Verschuldung der westdeutschen Landwirtschaft nur auf etwa 38% ihrer Einheitswerte steigerte. Zwischen der Verschuldungshöhe und den Ertragswertklassen zeigten sich den Ostprovinzen kaum Beziehungen, um so mehr aber Belastungsunterschiede zwischen den Betriebsgrößen. Kleinbetriebe pflegten sich häufig »durchzuhungern«, um sich ihre Selbständigkeit zu erhalten. Um die Leistungsfähigkeit der Großbetriebe zu sichern, wuchs dagegen ständig deren Verschuldung⁶³ und lief die Gesamtzinslast schließlich nicht nur den ohnehin niedrigen Reinerträgen, sondern auch den teilweise erstaunlich angewachsenen Verkaufswerten davon. 1928 waren in Oberschlesien 15,2% der Betriebe unter 100 ha und 19,3% der Betriebe über 100 ha mit über 60% des Einheitswertes verschuldet⁶⁴. Überschuldete Betriebe unterlagen dem Prozeß langsamer und stetiger Devastierung. Der Verkauf von totem und lebendem Inventar führte bis zu einem Grade, der die ordnungsmäßige Bewirtschaftung der Betriebe mehr und mehr in Frage stellte.

Die Ursachen der starken Neuverschuldung der deutschen Landwirtschaft waren komplexer Natur. Sie standen letztlich in unmittelbarer Beziehung zum schwierigen Neuaufbau der Agrarwirtschaft nach Krieg und Inflation und den damals gegebenen ungünstigen Konstellationsbedingungen. Im Unterschied zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg setzte sich vor allen Dingen die Schuldsomme nicht zu etwa 80 v. H. aus Restkaufgeldern und Erbabfindungen zusammen⁶⁵.

Im Gegensatz zur Industrie bedeutete die Inflation für die Landwirtschaft in finanzieller Hinsicht kaum ein »warmer Regen«. Zum Nutznießer der Inflation wurde die deutsche Landwirtschaft, oder genauer gesagt, wurden die vor dem Krieg verschuldeten Betriebe, insofern, als sie sich der harten, aber langfristigen und niedrig verzinsten Realschulden der Vorkriegszeit in Höhe von etwa 17,5 Mrd. Mark bis auf einen Rest an Aufwertungshypotheken von 2,75 Mrd. RM (1925 und 1,45 Mrd. RM 1932)

⁶¹ Enquete-Ausschuß. Bd. 8. Die Lage der Landwirtschaft in Ostpreußen, S. 49. Gesamtverschuldung 702 Mill. RM = 316 RM je ha. Steuerlicher Einheitswert je ha = 533 RM, Güterpreis je ha 1928 = 914 RM.

⁶² Enquete-Ausschuß. Bd. 11. Untersuchungen zur Lage der Landwirtschaft in den Provinzen Pommern, Niederschlesien, Oberschlesien und Grenzmark Posen-Westpreußen. Berlin 1930. S. 11 f. – Verschuldung 524 RM je ha.

⁶³ A. COLSMAN: Wege zur Steigerung des Reallohns über die Landwirtschaft. Stuttgart 1930. S. 56 f.; A. ZÖRNER: Probleme der bäuerlichen Wirtschaft in Deutschland, S. 23–27; F. C. v. ZITZEWITZ-KOTTOW: Kapitalbeschaffung, Zinsverteilung, Entschuldung. Wirtschaftliche Tatsachen und wirtschaftspolitische Forderungen. In: deutsche Agrarpolitik I. a.a.O., S. 544–549.

⁶⁴ Wie Anm. 62, S. 187.

⁶⁵ Enquete-Ausschuß. Bd. 12, S. 4.

entledigten⁶⁶. Die weitgehende Entschuldigung der Landwirtschaft von Vorkriegsverbindlichkeiten infolge der durch die Inflation bewirkten Vernichtung der Sparkapitalien machte den Agrarsektor insgesamt aber nicht sogleich leistungsfähiger, wenngleich, theoretisch betrachtet, der Abwertungseffekt auf eine Einkommensübertragung aus der Hand der Gläubiger vorwiegend in die Hand der Unternehmer hinauslief. Tatsächlich bewirkte die Inflation in der Landwirtschaft mehr eine Einkommensredistribution aus der Hand häufig der besseren in die Hände der schlechteren Wirte. Da ein Großteil des in der Inflation im Zuge der Abwälzung der Kriegslasten vernichteten Sparkapitals aus der Landwirtschaft selber stammte, verloren im Grunde die unverschuldeten und gewöhnlich leistungsstärkeren Betriebe zwar ihr Spar- und Investitionskapital, ohne daß die häufig leistungsschwächeren verschuldeten Betriebe, für die der laufende Zinsendienst ohnehin keine Last mehr darstellte, mit der inflatorischen Vermögens- und Einkommensumverteilung zu ihren Gunsten in entsprechendem Umfang auch an Liquidität gewannen. Im Grunde glich die Wirkung der Inflation, kaum ein Jahrhundert nach den bäuerlichen Vermögensverlusten während der Bauernbefreiung im 19. Jahrhundert, wiederum einer mehr zu Lasten des Bauernstandes und zugunsten des Großgrundbesitzes vollzogene Vermögensverschiebung, ohne daß dadurch die Rentabilitätsbasis der Großbetriebe etwa generell wiederhergestellt wurde.

Der Entschuldigungseffekt der Inflation zeigte um so mehr seine zweischneidige Wirkung für die Landwirtschaft, als er ferner eine der tragenden Säulen der landwirtschaftlichen Produktion und Vermarktung, das im Vorkriegsdeutschland blühende landwirtschaftliche Genossenschaftswesen fundamental erschütterte. Gleichermassen wie die Mitglieder der ländlichen Genossenschaften ihre Spareinlagen verloren, büßten die Genossenschaften ihr gesamtes Betriebskapital ein. Der Wiederaufbau des Genossenschaftswesens und namentlich des so wichtigen Kreditapparates nach der Inflation geschah zwar mit Hilfe öffentlicher Mittel und wäre ohne sie gar nicht denkbar gewesen, nur ersetzten nach dem »Gießkannenprinzip« gestreute, begrenzte Kredithilfen nicht langfristige Kapitalinvestitionen in genossenschaftliche Einrichtungen. Während im Ausland der Ausbau der landwirtschaftlichen Vermarktungsorganisationen und besonders des Molkereiwesens bedeutende Fortschritte machte, blieben gerade diese für die Förderung der Landwirtschaft wichtigen Zweige des Genossenschaftswesens wegen Kapitalarmut in ihren Anfängen stecken

⁶⁶ AEREBÖE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 179 f. SERING: Deutsche Agrarpolitik a.a.O., S. 113.

oder wurden bereits in der Kriegs- und Nachkriegszeit notgedrungenem Verfall preisgegeben⁶⁷.

Obwohl die Genossenschaftsidee nach Krieg und Zwangswirtschaft bei der Landbevölkerung offenbar eine noch stärkere Anziehungskraft ausübte als je zuvor, und das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in den 20er Jahren einen erstaunlichen Aufschwung nahm, gelang es nicht, die Versäumnisse beim Aufbau von Absatzgenossenschaften und gut funktionierenden genossenschaftlichen Vermarktungsorganisationen mit dem Ziel, namentlich eine qualitätssteigernde Produktstandardisierung durchzusetzen, zu überwinden⁶⁸. Das Jahrzehnte Versäumte lastet noch heute als schwere Hypothek auf der deutschen Agrarwirtschaft.

Nicht minder nachteilig wirkte sich die wildwuchernde Zersplitterung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens nach dem Ersten Weltkrieg aus. Es blieb nicht bei der schon traditionellen Dreiteilung des deutschen Genossenschaftswesens, bei dem teils unwirtschaftlichen Neben- und Gegeneinander von vorwiegend den Agrarkredit pflegenden Raiffeisen-Genossenschaften, den jüngeren Haas'schen Genossenschaften, die sich stärker auch den Fragen des Absatzes und Bezuges zugewandt hatten⁶⁹, und den mehr der gewerblichen Wirtschaft dienenden Genos-

⁶⁷ F. AERBOE: Allgemeiner Überblick über die heutige Lage der deutschen Landwirtschaft. In: B. HARMS (Hg.): Strukturwandlung der Deutschen Volkswirtschaft. Bd. 1. Berlin 1928. S. 118; SERING: Deutsche Agrarpolitik, S. 101; H. H. WOLTER: Die Entwicklung des Molkereigenossenschaftswesens in Pommern. Diss. Greifswald 1923; F. Graf v. LOË: Wirkungen und Folgen des Weltkrieges auf die genossenschaftliche Milchverwertung in der deutschen Landwirtschaft. Diss. Köln 1922.

⁶⁸ Vgl. u. a. F. BECKMANN: Standardisierung als genossenschaftliche Marktmethode. In: Deutsche Agrarpolitik I. a.a.O., S. 773–785; ABEL: Agrarpolitik, S. 402–407; AERBOE: Allgemeiner Überblick über die heutige Lage der Landwirtschaft a.a.O., S. 123.

⁶⁹ Anfang 1930 gehörten zum Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften e. V. (begründet von Wilhelm Haas) rd. 28 400 Genossenschaften, darunter 14 000 Spar- und Darlehenskassen, 3400 Molkereien, 4000 Bezugs- und Absatzgenossenschaften und 7000 sonstige Genossenschaften (Elektrizitätsgenossenschaften, Dresch-, Viehzucht-, Weide-, Produktionsverwertungs-, Wasserleitungs-, Maschinengenossenschaften u. a.). Zum Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften e. V. gehörten rd. 8000 Genossenschaften, darunter 5700 Spar- und Darlehenskassen, 300 Molkereigenossenschaften u. 2400 sonstige Genossenschaften. Allein zwischen 1913 und 1926 stieg die Zahl der Raiffeisen-Genossenschaften von 4485 auf 6042. Hierzu ferner: S. GORGES: Das ländliche Genossenschaftswesen in den thüringischen Staaten. Diss. Jena 1919; K. ECKERT: Die ländlichen Genossenschaften im badischen Hinterland. Diss. Frankfurt 1922; K. DRIESEL: Das ländliche Genossenschaftswesen in der Provinz Brandenburg. Diss. Gießen 1923; E. GÖRS: Die Genossenschaften im Dienste der ländlichen Wohlfahrtspflege unter bes. Berücksichtigung der pommerschen Verhältnisse. Stettin 1922; H. KLÜGLEIN: Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Kreise Oberfranken. Diss. Erlangen 1923; J. H. DECKER: Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in der Rheinprovinz. Diss. Erlangen 1923; A. BREUER: Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in der Rheinprovinz unter bes. Berücksichtigung des Krieges. Diss. Gießen 1925; F. SCHLOENBACH: Die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften Schlesiens. Ihre geschichtliche Entwicklung und

senschaftsorganisation von Schulze-Delitzsch, sondern darüberhinaus gliederten sich nach dem Kriege die großen Organisationen und Verbände der Landwirtschaft eigene Genossenschaften an⁷⁰. Außerdem entstanden, besonders im »genossenschaftsfreudigen« Bayern, regionale Genossenschaften ohne Verbandszugehörigkeit. Zu einer Zeit, als der lahmgelegte Agrarkreditapparat wiederaufgebaut werden mußte und ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel dazu überhaupt nicht mehr imstande war, zersplitterte er sich gleichzeitig in ein heilloses, unübersichtliches und unwirtschaftliches Durcheinander zum Nachteil der Landwirtschaft. Die genossenschaftliche Kreditorganisation sank schließlich auf die Stufe eines bloßen, noch dazu unrentablen Verteilungsapparats für öffentliche Gelder herab, vielfach unfähig sich aus eigenen Mitteln zu regenerieren und alsbald selber auf öffentliche Sanierungsmaßnahmen dringend angewiesen⁷¹. Ende 1927 gewährte die Preußische Zentralgenossenschaftskasse (*Preußenkasse*) den ländlichen Genossenschaften Kredite in Höhe von über 804 Mill. RM und geriet dabei selber in die Illiquidität. Das machte erneute staatliche Hilfe erforderlich, die sich in den Jahren 1928 bis 1931 mit der *Genossenschaftsrationalisierung* und einer großangelegten Bereinigung der erheblichen Verluste verband und im organisatorischen Bereich 1930 in der Fusionierung des zersplitterten landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens gipfelte, im Zusammenschluß der zentralen Verbände zum »Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften – Raiffaisen e. V.«. Insgesamt spiegelte sich in der Krise des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zwischen 1918 und 1933, in der Unfähigkeit, durch genossenschaftliche Selbsthilfe eine Selbsterneuerung aus eigener Kraft herbeizuführen, die durch den Krieg, die Zwangswirtschaft und die Weltwirtschaftskrise teils verursachte und teils verschärfte permanente Krise der deutschen Landwirtschaft wider. Die seit 1924 dennoch zu beobachtende Kapitalneubildung in den Genossenschaften war zu großem Teil den nichtlandwirtschaftlichen Kreisen der Landbevölkerung zuzuschreiben, die ihre Ersparnisse den Genossenschaftskassen anvertrauten.

Krieg und Inflation haben den um seine Nahrungsvorräte beneideten Bauern und den darbenden Städter einander entfremdet und eine Mauer

ihr gegenwärtiger Stand unter bes. Berücksichtigung der Kriegs- und Nachkriegszeit. Freudenthal 1925; W. KURLBAUM: Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Braunschweig mit bes. Berücksichtigung der Raiffeisenschen Spar- und Darlehenskassen. Diss. Göttingen 1925.

⁷⁰ H. BARMAYER: Andreas Hermes und die Organisation der deutschen Landwirtschaft. Stuttgart 1971, S. 129–130.

⁷¹ Ebda., S. 130–140; SERING: Deutsche Agrarpolitik, S. 97–102; K. LEHMANN: Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Creditgenossenschaften Deutschlands nach dem Kriege und ihre Geschäfte. Diss. Tübingen 1925.

des Hasses und der Mißgunst zwischen Stadt- und Landbevölkerung entstehen lassen, die auch nach Jahren und Jahrzehnten nicht verschwand und das Stadt-Land-Verhältnis zusätzlich belastete. Dennoch wäre es verfehlt, aus verständlichen vordergründigen Emotionen einen ganzen Berufsstand zu diffamieren, der bei näherer Betrachtung keineswegs zu den plusmachenden Schmarotzern von Krieg und Inflation zählte. Im Gegensatz zur Industrie, die im Krieg zerstörte Produktivkräfte durch Neuinvestitionen unmittelbar nach dem Krieg wiederherstellte und vielfach sogar in technisch vollkommenerer Form, wurden in der Landwirtschaft während der Inflation mittels billigen Geldes weder die allgemeine Verarmung noch die Substanzverluste namentlich am Kapitalstock, welche der Krieg verursacht hatte, rückgängig gemacht⁷². Häufig bestanden dafür auch gar nicht die realen Möglichkeiten⁷³. Die Vorteile der galoppierenden Geldentwertung, soweit sie die Spanne zwischen den rascher kletternden Agrarpreisen und den nachhinkenden Löhnen und Produktionsmittelpreisen vergrößerte, wußte die Landwirtschaft im großen und ganzen kaum zu nutzen, um verbrauchte und lückenhafte Betriebsmittel zu erneuern und zu ergänzen oder gar aufzustocken, und mögliche Meliorationen und Betriebserweiterungen vorzunehmen. Auch die beschwörenden Appelle einiger namhafter Agrarwissenschaftler und Agrarpolitiker, sich in eine gewinnbringende Inflationsspekulation zu stürzen, fanden nur ein schwaches Echo. Vielen Landwirten fehlte es offenbar am nötigen flüssigen Geld; aber sie scheuten sich auch, Kredite aufzunehmen, obwohl sie im Laufe der Inflation mit noch billigerem Geld zurückgezahlt werden konnten. Zahllosen Bauern mangelte die nötige Übersicht und Flexibilität, um den hektischen Bewegungen auf dem von der Inflation gezeichneten Kapital- und Investitionsgütermarkt gewachsen zu sein und darauf zum eigenen Vorteil reagieren zu können. Klein- und Mittelbauern, nach wie vor unter dem Druck ihrer schwachen Marktposition, hielten am Sparen fest, um sehr bald ihre liquiden Überschüsse erneut ins Nichts zerrinnen zu sehen. Nur die Betriebe, die während der Inflationsskonjunktur ihren Substanzdefizit ausgeglichen und ihren Betriebsmittelstand erneuert und erweitert haben – mehr die Ausnahme von der Regel – konnten die schwierigen Monate von der Marktstabilisierung bis zur außerdem noch schlechten Ernte 1924 im allgemeinen ohne Neuverschuldung überstehen. Die große Mehrzahl der deutschen Landwirtschaftsbetriebe hatte die zu Neuinvestitionen versäumte Inflationsspekulation mit

⁷² Zum Inflationsverhalten der deutschen Landwirte: AEREBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 180–184; FABIAN: Verschuldung der deutschen Landwirtschaft, S. 41–50.

⁷³ So u. a. in Ostpreußen. Enquete-Ausschuß. Bd. 8. Lage der Landwirtschaft in Ostpreußen, S. 61–62.

der Bürde schwerster Neuverschuldung zu bezahlen. Statistiken und sonstige Erhebungen der 20er Jahre bestätigen übereinstimmend, daß das Gros der Landwirtschaftsbetriebe zur Zeit der Währungsstabilisierung 1923/24 weitgehend der Betriebsmittel und zu liquidisierender Reserven entblößt und daher unfähig war, aus eigenen Mitteln sowohl die laufenden, stark gestiegenen Kosten (Löhne, Speziallasten usw.) in harter Währung zu bestreiten, geschweige denn die volle Funktionalität des Betriebes wiederherzustellen⁷⁴. Der »große Marsch« der deutschen Landwirte in die Kreditinstitute begann, um vielfach nur eine weitere Minderung der landwirtschaftlichen Vermögenssubstanz zu vermeiden. Die verlustreichen »Roggenanleihen« bildeten den ersten Schritt in die Neuverschuldung⁷⁵.

Während der »Stabilisierungskrise« und mit der allmählichen Besserung der Ernährungslage bekam die Landwirtschaft, zunächst gemeinsam mit der deutschen Wirtschaftswissenschaft entschiedener Wortführer einer Liberalisierung der Innen- und Außenmärkte⁷⁶, sogleich die Wirkung der zu ihren Ungunsten zunehmend auseinanderklaffenden Preisschere zwischen Agrarpreisen sowie Industriepreisen und Löhnen zu spüren. Die Preisentwicklung gestaltete sich zur Fieberkurve der Landwirtschaft. Im Zeitalter der dominierenden Landwirtschaft, auch in Zeiten der Nahrungsverknappung, eilen gewöhnlich die Preise für Nahrungsgüter den Preisen für gewerbliche Erzeugnisse und den Löhnen voraus. Im Industriezeitalter kehrte sich jedoch grundsätzlich die Preisschere um und die Landwirtschaft verlor ihre Funktion als Lohnweiser und Preisregulator. Die Industrie übernahm die Führung und löste die Löhne aus dem Schlepptau der Agrarpreise⁷⁷.

Alle Produktionsmittelpreise mit Ausnahme der für Stickstoff-Düngemittel sind zwischen 1913 und 1924/28 angezogen und haben sich immer mehr vom Vorkriegsstand entfernt⁷⁸, während die Agrarpreise hinter

⁷⁴ FABIAN: Verschuldung der deutschen Landwirtschaft, S. 50 f.; AEREBOE: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion, S. 184–191; F. BECKMANN: Kreditpolitik und Kreditlage der deutschen Landwirtschaft seit der Währungsstabilisierung. Berlin 1926.

⁷⁵ Näheres W. v. ALTROCK: Die Kreditbefriedigung der Landwirtschaft. In: Die Krisis in der Landwirtschaft und Mittel zu ihrer Belebung. Bericht über die 5. Hauptversammlung der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer am 15./16. Febr. 1924 zu Berlin. Berlin 1924. S. 65–84.

⁷⁶ HAUSHOFER: Landwirtschaft im technischen Zeitalter, S. 274; v. DIETZE: Agrarpolitik seit Bismarck, S. 206.

⁷⁷ W. ABEL: Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. 2. Aufl. Hamburg, Berlin 1966. S. 268.

⁷⁸ H. ZÖRNER u. L. RUSSIG: Die Bedeutung der Industriegüterpreise für die Kostengestaltung im landwirtschaftlichen Betriebe. In: Deutsche Agrarpolitik I. a.a.O. S. 357 bis 378, insbes. Tabelle S. 366. Die Großhandelspreise für industrielle Betriebsmittel der Landwirtschaft (ohne Düngemittel, Brenn- und Baustoffe) stiegen von 1924/25 im gewogenen Durchschnitt von 129,4 auf 141,3 im Jahr 1928/29 (1913 = 100).

dem allgemeinen Preisauftrieb mit einigem Abstand nachhinkten und zeitweilig sogar auf einem niedrigeren Niveau als dem von 1913 lagen⁷⁹. Die erhöhten Betriebsmittelkosten bei ungünstigen Preisrelationen, die weit schwerer als in der Vorkriegszeit wiegende Belastung mit Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben⁸⁰, das Hineinpressen von hochverzinslichem Kapital in die Landwirtschaft ohne Rücksicht auf die Möglichkeit nutzbringender Verwendung – häufig Ergebnis der Propaganda zum Wiederaufbau der Vorkriegserträge und einer intensiven Veredelungswirtschaft⁸¹ – der mehr und mehr stockende Absatz, die Übersetzung der Landwirtschaft mit menschlichen Arbeitskräften und tieri-

⁷⁹ Der Großhandelsindex zum Zeitpunkt der Währungsumstellung im Okt. 1923 stand für Getreide und Kartoffeln bei 68,9 (1913 = 100). Der durchschnittliche Preisindex für landwirtschaftliche Erzeugnisse lag 1924/26 bei 117,0–120,5, stieg 1926/28 um einige Punkte und sank 1930/31 auf 102,0–109,0. (Vorkriegspreis = 100). FENSCH: Die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft. In: Deutsche Agrarpolitik I a.a.O., S. 390. Jahresdurchschnitte der Großhandelsindices für

	Pflanzliche Nahrungsmittel	Vieh	Futtermittel
1924	115,1	102,1	104,3
1925	127,1	120,2	122,4
1926	130,5	120,9	114,6
1927	153,8	111,5	146,1

Das Steigen der Preise für pflanzliche Erzeugnisse korrespondierte mit dem Anstieg der Futtermittelpreise, deren Höhe jedoch bei einem Sinken der Viehpreise dem Bauern die Veredelung zu einem Verlustgeschäft machte. Die Entwicklung der Getreidepreise legte andererseits eine Verlagerung mehr auf die pflanzliche Erzeugung und überhaupt eine Extensivierung der Landwirtschaft nahe. Am stärksten nach Roggen (1927: 154,3) war der Anstieg der Preise für Braugerste = 147,1 v. H., Hafer = 138,0 v. H. (1913 = 100). Vgl. ferner: G. BUCHERT: Die Preisverhältnisse in der deutschen Landwirtschaft seit Aufhebung der Zwangswirtschaft und ihr Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktion. Diss. Jena 1925.

⁸⁰ F. RAAB: Die Steuerleistung der deutschen Landwirtschaft in den Jahren 1913/14 und 1924/25. Berlin 1926; W. EBBINGHAUS: Die Steuerbelastung der deutschen Landwirtschaft. In: Deutsche Agrarpolitik II. a.a.O. S. 297–310; Enquete-Ausschuß. Bd. 8 Lage der Landwirtschaft in Ostpreußen, S. 38; ebda. Bd. 11. Lage der Landwirtschaft in den Provinzen Pommern etc., S. 32 u. a.

Die Steuerlast der Landwirtschaft stieg insgesamt in den Jahren 1924–26 auf das Drei- bis Vierfache (700–800 Mill. RM jährlich) des Vorkriegsstandes. Im günstigsten Nachkriegsjahr, im Wirtschaftsjahr 1928/29 betragen die jährliche Zinsenlast der Landwirtschaft 785 Mill., die Steuern etwa 780 Mill. und die Sozialbeiträge 330 Mill. RM.

⁸¹ W. WEBER: Reichsregierung und Agrarpolitik in der Republik von Weimar 1920 bis 1932. In: Berichte über Landwirtschaft. H. 1 (1967). S. 32 f.; Enquete-Ausschuß Bd. 11. Lage der Landwirtschaft in den Provinzen Pommern etc., S. 15 f. Den Tendenzen zur notgedrungenen Extensivierung in der praktischen Landwirtschaft suchte auch die Agrarwissenschaft entgegenzutreten. Vgl. K. RITTER: Die Überwindung der Kapitalnot in der Landwirtschaft. 2. Aufl. Berlin 1926. S. 72–74: *All denjenigen Landwirten, die heute um Haus und Hof kämpfen – und wieviele gibt es, die sicher und sorgenlos auf ihrem Besitz leben? – ist mit dem einfachen Hinweis auf eine allgemeine Extensivierung ein schlechter Rat gegeben.*

schen Zugkräften, alles das genügte, um nicht nur die Rentabilität des Agrarsektors in Frage zu stellen⁸², sondern an die Höhe der Vorkriegsschulden heranzukommen.

Finanzierte während der Zwangs- und der Umlagewirtschaft die Landwirtschaft mit der Lieferung billiger Lebensmittel wesentlich den Wiederaufbau der Industrie⁸³, so gingen zwischen 1924 und 1929 nicht nur hohe öffentliche Abgaben, sondern auch das zum Vorteil der Industrie verschobene Preisgefälle zu ihren Lasten⁸⁴. Es ist nicht verwunderlich, daß schon sogleich mit dem ungünstigen Start der Landwirtschaft im Jahr 1924 die gewährten landwirtschaftlichen Kredite weithin den Charakter von Konsumtivkrediten hatten und der Verlustfinanzierung dienten. Weder die schrittweise Wiedereinführung der Getreidezölle⁸⁵ seit Mitte 1924 und die während der Weltwirtschaftskrise erfolgte Festsetzung von Einfuhrkontingenten noch die verschiedenen Kredit- und Zinsverbilligungsaktionen⁸⁶ änderten ihre schwierige wirtschaftliche Situation in der Weimarer Zeit grundlegend.

Die in die Landwirtschaft gepumpten Milliarden-Kredite schlugen sich vor allem nicht in bahnbrechenden Fortschritten auf dem Gebiete der Mechanisierung und Maschinisierung der Betriebe nieder, am wenigsten in den bäuerlichen Wirtschaften, deren Betriebsgröße dem rentablen Einsatz der vorhandenen technischen Hilfsmitteln zumeist im Wege stand⁸⁷.

⁸² Oben S. 505 f.

⁸³ L. MEYER: Die deutsche Landwirtschaft während der Inflation und zu Beginn der Deflation. Tübingen 1924. S. 4. Die Umlage bedeutete faktisch eine der Landwirtschaft auferlegte Sondersteuer.

⁸⁴ In einer internen Besprechung des Reichskanzlers und einiger Ressortminister mit Vertretern der »Grünen Front« am 9. Sept. 1932 erklärte Reichwirtschaftsminister Warmbold, daß die Reparationszahlungen tatsächlich zu Lasten der Landwirtschaft gegangen seien. Der Reichsernährungsminister vertrat die Auffassung, daß die Landwirtschaft in letzter Zeit jährlich 1,2 Mrd. zugesetzt habe. R 43 I, Nr. 1275, Bundesarchiv Koblenz.

⁸⁵ Von 1924–1929 ist die Schutzzollpolitik durch eine allmähliche schrittweise Annäherung an das Schutzzollsystem der Vorkriegszeit (der Bülowzeit) gekennzeichnet. Der als notwendig erkannte Schutz der Veredelungswirtschaft stieß jedoch bei der Industrie und wegen handelsvertraglicher Bindungen auf Schwierigkeiten. A. PANZER: Das Ringen um die deutsche Agrarpolitik von der Wirtschaftsstabilisierung bis zur Agrardebatte im Reichstag im Dezember 1928. Diss. Kiel 1970; F. BECKMANN: Agrarkrise und Agrarzölle. Der Sinn der agraren Zollpolitik. 2. Aufl. Berlin 1925; M. SERING: Agrarkrisen und Agrarzölle. Berlin, Leipzig 1925; F. AERBOE: Zur Frage der Agrarzölle. Berlin 1925; v. DIETZE: Deutsche Agrarpolitik seit Bismarck, S. 206–208; AERBOE: Überblick über die heutige Lage der deutschen Landwirtschaft a.a.O., S. 124–125.

⁸⁶ Vgl. SERING: Deutsche Agrarpolitik, S. 116–122.

⁸⁷ ZÖRNER: Probleme der bäuerlichen Wirtschaft, S. 14–15 u. 20. – Nach der Reichsstatistik von 1925 befanden sich von den erfaßten 8576 Dampf- und Motorpflügen 7442 Stück (= 86,7 v. H.) in Betrieben über 50 ha. Dennoch verfügte nur jeder 6. Betrieb der genannten Kategorie über einen Dampf- oder Motorpflug. Die große Mehrzahl der Betriebe blieb auf die tierische Anspannung angewiesen. Motorpflüge insgesamt 7231.

Auch die eingetretenen bedeutenden Fortschritte bei der Elektrifizierung der Innenwirtschaft durch den Einsatz des Elektromotors konnten mit vergleichbaren Wandlungen im Ausland nicht Schritt halten. In der deutschen Landwirtschaft verzögerte sich die Revolution des Pflanzenbaus durch den Schlepper noch um Jahrzehnte. Die Einführung des Traktors scheiterte in den 20er Jahren an dessen hohen Anschaffungs- und Betriebskosten, an den von der deutschen Industrie angebotenen und unbrauchbaren Konstruktionen und an den auf die Spannvieharbeit zugeschnittenen Flurstrukturen⁸⁸. Die insgesamt nur etwa 15 000 in der deutschen Landwirtschaft im Jahr 1930 laufenden Traktoren entschieden noch nicht den Wettbewerb zwischen tierischer und technischer Zugkraft zugunsten des Motors. Lediglich den Zugochsen drängten sie in den Hintergrund.

Wenn sich auch die um den Schlepper gruppierende Revolution im Ackerbau kaum ankündigte, so machte dennoch die Reichsstatistik die an sich verblüffende Tatsache evident, daß die deutsche Landwirtschaft trotz oder wegen der fortschreitenden Mechanisierung im Jahr 1925 mit rd. 3,5 Mill. Pferden einen um 23% höheren Pferdebestand aufwies als 1907 und unstreitig mit tierischer Zugkraft stark übersetzt war⁸⁹. Besonders agrarische Gebiete vermehrten ihre Pferdebestände gegenüber 1907 bis zu 55%⁹⁰. Die Gründe für die gesteigerte Pferdehaltung in der Landwirtschaft (in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben seit 1907/13 rückläufig) waren offenbar dreierlei Ursprungs: 1) Zeigte die Landwirtschaft

Bemerkenswert ist ferner, daß rund $\frac{1}{3}$ der Betriebe von 5–20 ha eine eigene Sämaschine besaß, von den Großbetrieben über 50 ha 93 v. H. Etwas über die Hälfte der Großbetriebe setzte Hackmaschinen und Kartoffelerntemaschinen ein. Alle Großbetriebe über 50 ha waren mit Getreidemähern und eigenen Dreschmaschinen ausgestattet, die nur noch in der Minderzahl vom Göpel angetrieben wurden. Die 1 174 649 Betriebe von 5 bis 200 und mehr ha besaßen 554 542 Dreschmaschinen mit Kraftantrieb (= 47,2 v. H.) und 349 209 Dreschmaschinen mit Göpelantrieb (= 37,1 v. H.). Mähdrescher wurden in nur wenigen Exemplaren, vielbestaunt, in einigen Großbetrieben seit Anfang der 30er Jahre verwendet. Vgl. ferner: E. SCHLÜSSLER: Vergleich der Wirtschaftlichkeit der Anschaffung eines Motorpfluges und der Einstellung von Saison-Gespannen. Diss. Halle 1925; W. REINHARDT: Das landwirtschaftliche Maschinenwesen im Rahmen der deutschen Wirtschaftsverhältnisse nach dem Kriege. Diss. Leipzig 1924; F. LIECKFELD: Anwendung und Rentabilität von Kraftzugmaschinen und Landbaumotoren in der Landwirtschaft. Diss. Göttingen 1922; W. BLUM: Die Entwicklung und Preisgestaltung der Industrie landwirtschaftlicher Maschinen in Deutschland. Diss. Köln 1925; G. FRANZ (Hg.): Die Geschichte der Landtechnik im 20. Jahrhundert. Frankfurt/M. 1969; HAUSHOFER: Landwirtschaft im technischen Zeitalter, S. 278–282.

⁸⁸ Vgl. auch BRANDT: Strukturwandlungen der Weltlandwirtschaft a.a.O., S. 73–74.

⁸⁹ W. HENKELMANN: Pferdehaltung und Pferdezucht. In: Deutsche Agrarpolitik I, S. 334–350; E. SALIN: Standortverschiebungen der deutschen Wirtschaft. In: B. HARMS (Hg.): Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft. 1. Bd. Berlin 1928. S. 86 bis 87 und oben Anm. 33a.

⁹⁰ Bayern 10,0%, Mecklenburg-Schwerin 24,4%, Oldenburg 55,5%.

während der Inflationszeit das deutliche, auch mit der inflationsbedingten Flucht in die Sachwerte zusammenhängende Bestreben, die dezimierten Pferdebestände wiederum auf den Stand unmittelbar vor Kriegsausbruch zu bringen (1913: 3 807 000 Pferde, 1921: 3 666 000). 2) Wurde wahrscheinlich auf dem Lande, wo der Motor noch nicht Fuß gefaßt hatte, nunmehr das Pferdefuhrwerk stärker zur Menschen- und Güterbeförderung benötigt. Und 3) stand die gesteigerte Pferdehaltung in unmittelbarem Zusammenhang mit der Zunahme von Arbeitsmaschinen (Drill-, Rode- und Hackmaschinen) und dem damit zu bewältigenden Mehrbedarf an Zugkraft. Die verstärkte Pferdehaltung, die sich hinunter bis zu Betrieben von 0,5 bis 2 ha bemerkbar machte⁹¹, wurde zum Ausdruck der Mechanisierung der Landwirtschaft, eines kostspieligen, oftmals auch der persönlichen Prestigeaufwertung dienenden Zwischenstadiums auf dem langen Weg zur Vollmechanisierung. So paradox es erscheint, die Mechanisierung gruppierte sich offensichtlich zunächst um ein Mehr an menschlicher Arbeitskraft und tierischer Zugkraft, obwohl beide vom technischen Fortschritt eigentlich freigesetzt werden sollten. Die fortschreitende Mechanisierung bedeutete, daher vielfach für die Betriebe eine erhebliche Kostensteigerung ohne den gleichzeitigen Effekt einer Rentabilitätsverbesserung.

Grundsätzlich hat die Landwirtschaft der Industriestaaten etwa mit dem Ersten Weltkrieg jene Produktivitätsstufe erreicht, auf der eine steigende Produktion bei ständig schrumpfendem Arbeitsbedarf, aber unter steigendem Kapitaleinsatz bewältigt werden konnte. Die historisch überlieferte Agrarstruktur Deutschlands, der Mangel an industriellen Arbeitsplätzen, das nur langsam wachsende und mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise erneut schrumpfende Kaufkraftvolumen, Kapitalmangel und eine Agrar- und Wirtschaftspolitik, die noch Vorstellungen des Agrarstaats sowie einem überholten Autarkiedenken verpflichtet war und über keine der unausweichlichen industriestaatlichen Entwicklungen Rechnung tragende agrarpolitische Gesamtkonzeption verfügte, hinderten die deutsche Landwirtschaft daran, im Zuge vordrängender Mechanisierung den Arbeitskraft- und Kapitalaufwand aufeinander abzustimmen und beide Faktoren wiederum dem Boden anzupassen. Die in der Theorie vielzitierte optimale Kombination der Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital mißlang. Mangelndes Fachwissen und fehlende Fähigkeiten zu moderner Betriebsführung trugen ihren Teil mit dazu bei.

Andere Länder, nicht minder im Sog der Technisierung, wußten die Zeichen der Zeit besser zu nutzen. Damals haben die Landwirte der im

⁹¹ Bei Gütern von 0,5 bis 2 ha hat der Pferdebestand, auf 100 ha der Größenklasse berechnet, sich von 4,4 auf 4,7 vermehrt, von 2 bis 5 ha von 6,8 auf 9, von 5–20 ha um 33¹/₃% von 12 auf 16 usf.

Krieg neutral gebliebenen Nachbarländer (Dänemark und die Niederlande), deren Produktion zudem nicht durch Raubbau geschädigt war, ihre Ertragslage durch Aufbau ihres Exports bedeutend steigern können und besonders in der Absatzorganisation und im Molkereiwesen ihren Vorsprung zu einem im Grunde bis zur Gegenwart entscheidenden Vorteil ausgebaut. Den Weltgetreidemarkt beherrschten vorwiegend die mächtigen Elevator-Pools der beiden hochtechnisierten nordamerikanischen Staaten⁹².

Die Existenz der deutschen Landwirtschaft hing seitdem ebenso von der Wirksamkeit der schützenden Zollmauern wie von der Subventionsbereitschaft des finanziell überforderten Staates ab. Aus dem späten, noch im 19. Jahrhundert lebenden Traum von der Liberalisierung der Agrarmärkte, der Agrarwirtschaft und Agrarwissenschaft, der während der Jahre der Zwangswirtschaft als »Stein der Weisen« erschien, gab es 1923/24 ein rasches, ernüchterndes Erwachen. So sehr in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg der Ernährungssicherung unbedingt Priorität zukam, so wenig konnte man sich auf die Dauer der Erkenntnis verschließen, daß die gleichzeitig notwendige und verfassungsmäßig verankerte Erzeugungssicherung bei einer immer stärker und permanent auseinanderklaffenden Diskrepanz zwischen Aufwand und Ertrag in der Landwirtschaft nicht zu gewährleisten sei. Hinzu kam, daß die Marktlage für landwirtschaftliche Erzeugnisse offensichtlich die politische Interessenslage der Erwerbstätigen der Landwirtschaft stimulierte. Die wirtschaftspolitischen Forderungen von Parteien und Interessenverbänden ließen sich nicht überhören.

Der Staat trug der Entwicklung mit dem weiteren Ausbau der Landwirtschafts- und Ernährungsverwaltungen und ihrer Verselbständigung in einer eigenen ministeriellen Spitze Rechnung⁹³. Kennzeichnender Zug der Agrarentwicklung in Deutschland nach dem Krieg wurde im längerfristigen Trend der wachsende Staatsinterventionismus. Die Bereitschaft des Staates, die Agrarwirtschaft stärker zu beeinflussen und preisregulierend in das Marktgeschehen sowie über Fördermittel in die Produktionssphäre einzugreifen, wurde zu einem sichtbaren Erbe des Ersten Weltkriegs, in dem erstmals der komplizierte Makrokosmos der Plan- und Verwaltungswirtschaft erprobt wurde. Unter dem Druck der

⁹² Vgl. AEREBØE: Überblick über die heutige Lage der deutschen Landwirtschaft a.a.O., S. 122–123; BRANDT: Strukturwandlungen der Weltwirtschaft a.a.O., S. 41 u. a.; R. FREUND: Internationale Probleme der agraren Handelspolitik. In: Deutsche Agrarpolitik, Ergänzungsteil. Berlin 1932. S. 13 f.

⁹³ Vgl. H. HAUSHOFER: Landwirtschaftsverwaltung und landwirtschaftliches Organisationswesen. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Bd. 6. Stuttgart, Tübingen, Göttingen. 1959. S. 521–524; H. HAUSHOFER u. H.-J. RECKE: Fünfzig Jahre Reichsernährungsministerium – Bundesernährungsministerium. 1969.

Interessengruppen der »Grünen Front« wich die etwa bis zum Ersten Weltkrieg reichende Phase des partiellen bzw. punktuellen staatlichen Agrarsubventionismus allmählich der Phase des wirtschafts- und agrarpolitischen Dirigismus, der drastischere Interventionsmittel kannte und gebrauchte. Spätestens die »Osthilfe« signalisierte, daß staatliche Agrarpolitik, finanzpolitisch gesehen, unverkennbar auf eine Einkommensumverteilung zusteuerte und hinauslief. Die Landwirtschaft erweiterte den Kreis der staatlichen Unterstützungsempfänger und verlieh der vielgesichtigen Agrarpolitik die Züge einer staatlichen Sozialpolitik. Disparitäten zwischen den Einkommen der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und vermeintlich vergleichbaren Einkommen im Industriesektor lieferten dafür plausible Rechtfertigungsgründe, so sehr auch schon damals und noch heute die angewandte Methodik zur Berechnung von Einkommensparitäten in Öffentlichkeit und Wissenschaft Bedenken, Skepsis und Ablehnung auslöste⁹⁴.

Die Subvention wurde zur Sozialhilfe in einem für die Landwirtschaft hochindustrialisierter Länder schmerzhaften Anpassungsprozeß, der dem Landwirt mit der Adaption des technischen Fortschritts auch eine dauernde Assimilation an die veränderten Bedingungen der Nachfrage innerhalb der modernen international arbeitsteiligen Industriegesellschaft auferlegte. Krieg, Zwangswirtschaft und Inflation haben die unvermeidliche Integration der Landwirtschaft in die moderne Wirtschaftsgesellschaft aber nicht nur verzögert, sondern den Agrarsektor auch der Mittel beraubt, den Anpassungsprozeß wesentlich aus eigener Kraft zu finanzieren. Öffentliche Mittel mußten Investitions- und Einkommenslücken schließen, reichten aber nicht einmal zur Verlustfinanzierung aus. 1913 wurde die Landwirtschaft, als ihr alle Vorteile einer agrarischen Prosperitätsphase zugute kamen, von Reich und Ländern mit Öffentlichen Mitteln in Höhe von 67,7 Mill. M. gefördert, 1926 wurden ihr am »Krankentbett« der permanenten agrarischen »Anpassungskrise«, die sich zusätzlich mit der Last des Wiederaufbaus der durch Krieg und Zwangswirtschaft ruinierten Betriebe verband, Förderungsmittel in Höhe von 184,6 Mill. RM verabreicht⁹⁵. Die Subventionen stiegen und blieben dennoch

⁹⁴ Bahnbrechend wirkten die vergleichenden Untersuchungen von A. Münzinger über die Stundenverdienste von Industriearbeitern und in bäuerlichen Wirtschaften. A. MÜNZINGER: Der Arbeitsertrag der bäuerlichen Familienwirtschaft. Berlin 1929; ders.: Versuche zur Hebung der bäuerlichen Wirtschaft und zur Ausschaltung der bäuerlichen Arbeitsüberlastung (unter Zugrundelegung der Verhältnisse in der bäuerlichen Landwirtschaft Süddeutschlands). In: Deutsche Agrarpolitik I a.a.O., S. 690–705. – Die Argumente gegen Münzingers Untersuchungen, die bereits 1931 ZÖRNER (Probleme der bäuerlichen Wirtschaft, S. 15–16) anführte, wiederholt neuerdings H. PRIEBE: Landwirtschaft in der Welt von morgen. Düsseldorf, Wien 1970, S. 62–70 u. 90–94.

⁹⁵ Enquete-Ausschuß Bd. 13. Die Förderung der Landwirtschaft durch öffentliche Mittel. Berlin 1930. S. 5.

ein Tropfen auf einem heißen Stein! Der Staat vermochte die ihm zugemutete Aufgabe nicht zu erfüllen, die die Landwirtschaft benachteiligenden Preis- und Einkommensdisparitäten zu beseitigen.

Ebenso wie die Mittel nicht mit den Aufgaben in Einklang zu bringen waren, entsprach auch nicht das erklärte agrarpolitische Förderziel, verhaftet den bereits am Ernährungsfiasco des Ersten Weltkriegs ad absurdum geführten agrarischen Autarkiebestrebungen, dem »Gebot der Stunde«. *Der für die Herausgabe öffentlicher Mittel zur Förderung der Landwirtschaft maßgebende Grundgedanke*, heißt es im offiziellen Untersuchungsbericht über die staatliche Förderungstätigkeit, *ist das Bestreben, die landwirtschaftliche Produktion und den Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu fördern mit dem Ziele, der Landwirtschaft als einem der wichtigsten Grundpfeiler des Wirtschaftslebens eine solche Entfaltung ihrer Kräfte zu ermöglichen, daß sie ihrer Aufgabe, das deutsche Volk aus eigener Scholle zu ernähren, gerecht werden kann*⁹⁶.

Vergebens erinnerten namhafte Wirtschaftswissenschaftler wie Gerloff, Eucken und Brandt an die bereits gemachte Erfahrung, daß sich das autarke Ernährungsziel in Deutschland nicht mit den vorhandenen agrarischen Ressourcen verwirklichen lasse, es sei denn, man würde ein drastisches Absinken des Lebensstandards und eine allgemeine Verarmung in Kauf nehmen⁹⁷. Ihre Mahnungen drangen offenbar nicht ins Bewußtsein der Politiker und wurde noch weniger Richtschnur der Politik der folgenden Jahre und Jahrzehnte. Die Wissenschaft bemühte sich, sich aus der vordergründigen Enge nationalpolitischer und nationalwirtschaftlicher Fragestellungen zu emanzipieren, um sich schrittweise den Kernfragen der »modernen agrarischen Welträtsel« zu öffnen. Besonders die Referate, Gutachten und Diskussionen der bis 1933 vielbeachteten Tagungen der Friedrich-List-Gesellschaft und des Vereins für Sozialpolitik erhellten in beispielhaften Analysen die widersprüchliche Situation und letztlich schrumpfende Bedeutung der Landwirtschaft im gewandelten Bedingungs-system einer fortschreitenden Industriegesellschaft, deren produktionserhöhende technische Innovationen die Landwirtschaft, würde sie sich den Zwängen zur Anpassung entziehen, letztlich um die wirtschaftlichen Vorteile ihrer Leistung bringen. In der Diagnose herrschte weitgehende Einigkeit, bei der Erörterung »therapeutischer« Mittel schieben sich dagegen die Geister⁹⁸. Die Scheu vor den unabsehbaren Konsequenzen einer Herauslösung der Agrarwirtschaft aus der Marktwirt-

⁹⁶ Ebda., S. 11. Ferner A. HÄNLEIN: Die landwirtschaftlichen Subventionen. In: Deutsche Agrarpolitik II. a.a.O., S. 171–186.

⁹⁷ Wie Anm. 48.

⁹⁸ v. DIETZE: Deutsche Agrarpolitik seit Bismarck, S. 209.

schaft und dem Netz der internationalen Arbeitsteilung war verständlich. Noch mehr aber wurde die wissenschaftliche Erkenntnis und agrarpolitische Entscheidung von den überlieferten weltanschaulich-sozialen Wertvorstellungen überschattet, die es nicht zuließen, daß sich der deutsche Nährstand zahlenmäßig drastisch verringern würde. Ohne die »heilige Kuh« der traditionellen deutschen Gesellschafts- und Agrarpolitik anzutasten, deutete Karl Brandt in seinem Gutachten für die Friedrich List-Gesellschaft 1932 zwar an, daß eine gleichbleibende Nachfrage bzw. Erzeugung bei steigender Produktivität zumindest in der Landwirtschaft der USA die Tendenz zur Verringerung der Zahl der Landwirte bedeutete, die Zahl der Farmer ununterbrochen zurückgegangen sei und die Farmen sich vergrößert haben. Die entsprechende Folgerung, daß steigende Produktivität in der deutschen Landwirtschaft ebenfalls die Reduzierung der Zahl der Landwirte notwendig einschließe, wurde von ihm und anderen Wissenschaftlern jedoch nicht gezogen⁹⁹. Auch die Wissenschaft vermochte nicht dem Schattenwurf der wesentlich vom Weltkriegserlebnis mitgeprägten Wertvorstellungen der in Deutschland herrschenden Schichten und namentlich der großen Mehrzahl der wirtschaftenden Landbevölkerung zu entrinnen. Die erwiesene Krisenstabilität der bäuerlichen Familienwirtschaft lieferte der Wissenschaft für eine Konservierung des Bauernstandes andererseits plausible Argumente.

⁹⁹ BRANDT: Strukturwandlungen der Weltlandwirtschaft, S. 46. – In einem Vortrag aus dem gleichen Jahr (Autarkie a.a.O., S. 40 f.) erklärte BRANDT, daß Württemberg das »Gebiet mit glücklichster sozialer Gliederung« sei, und meinte, daß es das Ziel der Agrarpolitik sein sollte, ganz Deutschland und besonders den Osten mit einem engmaschigen Netz bäuerlicher Familienwirtschaften zu überziehen.